Sonnabend, 10. Oktober 1925. | Einzelnummer 15 Groschen mit illustrierter Beilage 30 Gr | 64. Jahrgang. Nr. 234.

Erscheint an allen Werktagen.

Bezugspreis monatl. Zloty
bei der Geschäftsstelle 3.50
in den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten 3.80
durch die Post . . 3.50
ausschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Zloty,
in deutscher Währg. 5 R.-M.
ausschließlich Postgebühren.

Fernsprecher 6105, 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

# Posener Tageblatt

(Posener Warte)

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild".

Postscheckkonto für Polen Nr. 200283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr.
für die Millimeterzeile im { Anzeigenteil 15 Groschen. Reklameteil 45 Groschen.
Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 135 gr



## Locarno — Washington.

(Von unserem ständigen Berichterstatter.)

(Nachdruck, auch mit Quellenangabe, verboten!)

§ Paris, 3. Oktober.

Die Zeit vor der Konferenz bis zu den letzten Tagen war an Ereignissen überaus reich. Es schien wohl einen Augenblick, als ob noch in letzter Minute die Staatsmänner, die über das Geschick Europas und ihrer eigenen Länder beraten sollen, vor eine vollkommen neuartige Lage gestellt werden würden, die dann auch sämtliche Probleme gleichsam umgewertet hätte. Heute sehen wir, daß die aufgeregten politischen Phantasien besonders in Frankreich sehr viel zur Verwirrung der Lage beigetragen haben. Es ist dies nicht zu verwundern. Frankreich stand doch in einer Atmosphäre politischer Hochspannung. Es waren von drei Seiten Entscheidungen zu erwarten, über die Sicherheitskonferenz, in den Kolonialkriegen und endlich — und dies hat vielleicht die Gemüter am meisten aufgeregt — in der Frage der amerikanischen Schulden.

Noch in den letzten Tagen entstand eine gewisse Aufregung über das Schicksal des schon so oft als gesichert angesehenen Westpaktes. Der deutsche Kriegsschuldwiderruf wurde sehr unangenehm empfunden, denn schließlich läßt er sich durch noch so trockene Entgegnungen nicht aus der Welt schaffen.

In der Frage des östlichen Paktes hat man in Paris diesmal ersehen können, wie verhängnisvoll die eigene berühmte Nachkriegspolitik Frankreichs Schicksal mit der osteuropäischen Politik verwickelt hat. Eine leise Aenderung des außenpolitischen Kurses durch Briand — sie ist nur als eine erzwungene Folge des deutschen Sicherheitsvorschlages zu werten — hat schon so etwas wie eine Umgruppierung Europas hervorgerufen oder wenigstens als Schreckgespenst an die Wand gemalt. Bis jetzt ist wenig Positives geschehen, aber aus Anzeichen, die kaum überschätzt werden können, ersieht man, daß in Frankreichs Osteuropapolitik eine Bresche gelegt worden ist. In den hiesigen nationalistischen Kreisen begegnet auch die Briandsche Politik immer mehr dem Vorwurf, daß sie tatsächliche Aktiven der französischen Politik bereits preisgegeben hat, ohne etwas dafür einzutauschen. Selbstverständlich, wenn man diese sehr oft gehörte französische Auffassung ganz objektiv schätzen soll — ihre Berechtigung soll hier nicht erörtert werden —, muß man in Betracht ziehen, daß eine sehr breite Schicht, ja die überwiegende Mehrheit des französischen Volkes mit aller Gewalt auf Sicherheiten drängt. In Deutschland klingt dies vielleicht unverständlich aus genugsam bekannten Gründen. Die heutige Einstellung der französischen Psyche bringt es aber mit sich, daß die Briandsche Außenpolitik tatsächlich das Steuer bereits so weit nach rechts herumgeworfen hat, als dies in Frankreich eben noch möglich ist.

Der vielbesprochene tschechische Schritt in Berlin, welcher auf eine Trennung der tschechischen Politik von der polnischen hinauslief — der tschechisch-polnische Gegensatz ist alt und grundlegend tief —, wirkte in Paris trotz aller Beruhigung wie ein Notsignal; er bewirkte es auch, daß die Reise Tschitscherins zu solch phantastischen Folgerungen Anlaß gab. Tatsächlich ist das tschechische Vorgehen für die französische Politik äußerst bedeutsam, seine volle Wichtigkeit erkennt man nur, wenn man die in den hiesigen gewöhnlich wohlinformierten politischen Kreisen umlaufenden Nachrichten berücksichtigt.

Die Stellungnahme Rußlands zu den europäischen Ereignissen, die scheinbare russisch-polnische Annäherung, die gleichzeitig einen russischen Annäherungsversuch nach Frankreich hin bedeutet hätte, welcher bisher immer scheiterte, hat hier in sehr breiten Kreisen zuerst weitgehende Hoffnungen entstehen lassen. Heute wird sie schon wesentlich nüchterner beurteilt, und man erinnert sich an die vielen Enttäuschungen, welche verschiedene europäische Staaten mit dem neuen Rußland erleben mußten, auch an die Vergeblichkeit aller bisherigen Verhandlungen. Trotzdem wird in dem Schritt Tschitscherins das erste Anzeichen eines wirklichen Eintritts Rußlands in die europäische Politik erblickt, was jetzt hier gerne begrüßt wird.

Die Frage der amerikanischen Schulden kam in den letzten Tagen zur Entscheidung. Es erübrigt sich, die Resultate zu prüfen, man sollte Caillaux' negatives Ergebnis vielmehr nur an den Schwierigkeiten messen, denen er in Amerika gegenüberstand. Die durch südamerikanische Erfahrungen in solchen Verhandlungen geübte amerikanischen Schuldenkommission erwies sich als ein recht unangenehmer Partner für Caillaux. Die gewaltige Bedeutung der Washingtoner Verhandlungen, die auch die Londoner Ergebnisse in Zweifel zu stellen vermochten, ist einleuchtend genug. Die allgemeine Finanzlage ist beim besten Willen nicht günstig zu nennen; die unvermeidbare Verlängerung der vierprozentigen Goldanleihe, die schon teilweise einem Mißerfolg gleichkommt, spricht eine deutliche Sprache; unter solchen Umständen hat man die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten mit gesteigerter Nervosität betrachtet. Das französisch-amerikanische Verhältnis wurde mit einem Schlage klar beleuchtet. Es waren französischerseits Stimmen zu hören, die wirklich an Bitterkeit nicht mehr zu überbieten waren. Wenn „l'Action Française" die Behandlung, die den Franzosen seitens Amerikas widerfuhr, mit der, welche Deutschland 1921 seitens der Alliierten erfuhr, verglich, so kann dies mit der krassen Ausdrucksweise dieser Zeitung erklärt werden. Aber selbst Zeitungen, wie die Caillaux nahestehende „l'Ere Nouvelle" haben, besonders am Anfang der Verhandlungen, über Amerika mit einer solchen Bitterkeit gesprochen, daß der letzte Glaube an eine Freundschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich vernichtet wurde. Andererseits unterließen die Franzosen nichts an Propagandaversuchen, sachlichen sowohl wie gefühlsmäßigen. Die ersteren, die den Schaden, welchen Amerika durch die strengen Einforderungen der Schulden selbst erleiden wird, zu beweisen suchten, waren sogar überaus bemerkenswert und logisch. Nur, daß sie der deutschen Argumentation gegenüber dem Dawesplan verteufelt ähnlich sehen . . .

In den Kolonialkriegen hat man die angekündigten Entscheidungen vergebens erwartet. Wohl ist Sueida befreit worden, und auch Abd el Krims Lage wird immer schwieriger, aber an beiden Fronten können gegebenenfalls noch lange Kämpfe erwartet werden. Und wenn man an der Entscheidung auch nicht mehr viel zweifelt, immerhin kann das Dazwischentreten der Innenpolitik, die sich jetzt nicht mehr beiseiteschieben läßt, an ihr noch vieles ändern.

# Was wurde bisher in Locarno erreicht?

### Die Beratung des Westpaktes beendet. — Einigung über die Ostfragen. — Briand und Luther. — Französischer Verzicht auf die Stellung des Garanten.

Am 7. Oktober sind die Delegierten in Locarno erst zu der dritten Vollsitzung zusammengetreten, und schon zeigt sich, daß die Vorschläge sich zu einer festen Gestalt vereinigen. So melden wenigstens Berliner Blätter. Dr. Luther ist mit seiner ganzen Tatkraft darangegangen, den guten Willen abermals zu beweisen, den Deutschland seit 1918 immer wieder bewiesen hat. Wenn nun heute in Locarno die Dinge in anderem Lichte erscheinen, so liegt das daran, daß alle Völker eingesehen haben — wenigstens haben es die führenden Staatsmänner eingesehen —, daß Europa in erster Linie und damit die Weltwirtschaft ohne Deutschland nur ein verkrüppeltes Etwas ist. Alle Völkerführer übersehen jetzt die Lage, und sie haben eingesehen, daß der Vorschlag der Sicherheitsverträge, der ja von Deutschland ausgegangen ist, die europäische Welt befrieden kann. Und so setzten sich gleichberechtigte Nationen an den Tisch — mit gutem Willen. Das ist der Fortschritt, den man gemacht zu haben scheint. Ein Fortschritt — den die Völker teuer bezahlt haben.

Freilich hat Deutschland in dieser langen Zeit, da es immer wieder gezwungen nachgeben mußte, sehr viel des Vertrauens eingebüßt, das es noch vor drei Jahren besaß. Am Lago Maggiore, wo die Berge in den Saal sehen, blaut der Himmel in reinster Klarheit. Und hinter den Bergen da wartet ein gequältes Europa. Wird man ihm endlich Frieden geben? Auf dem Boden der alten Versprechungen? Auf dem Boden der Gleichberechtigung?

Der Paktgedanke ist emporgewachsen, so melden die Zeitungen. Einige kritischer, andere optimistisch. Die Juristen feilen und redigieren noch die Form, aber im Grunde soll das Gebäude fertig sein. Der Pakt könnte in zwei bis drei Tagen paragraphiert sein und unterzeichnet werden, **wenn nicht zwei Fragen von besonders großer Wichtigkeit noch zur Verhandlung ständen: Deutschlands Eintritt in den Völkerbund und — die Schiedsverträge im Osten.**

Bis jetzt sieht der Pakt so aus: Frankreich, Deutschland und Belgien sichern sich gegenseitig ihren gegenwärtigen Besitzstand. Alle Streitfragen dürfen nur durch einen Schiedsspruch erledigt werden. England, das ja außerhalb des europäischen Festlandes steht, garantiert den Vertrag und verpflichtet sich, Deutschland mit der Waffe in der Hand beizustehen, wenn Frankreich den Frieden brechen sollte, im umgekehrten Falle Frankreich gegenüber das Gleiche zu tun, falls es von Deutschland angegriffen wird. Das heißt also letzten Endes die Liquidierung der Entente. Aber gleichzeitig damit wird praktisch das französisch-belgische Militärabkommen aufgehoben. Brüssel wird dadurch freier von Frankreichs Vormundschaft. Mit einem Worte: der Pakt soll gleichmäßige Tatsachen feststellen, er soll der Gleichberechtigung der Völker dienen. Wir wissen nicht, ob das wirklich eintreten wird — nach den Erfahrungen der letzten Jahre —, aber wir glauben an den guten Willen und wollen hoffen, daß dem so sein wird. Daß Deutschland die besten Absichten hat, davon sind wir fest überzeugt.

Die Delegationen haben gestern ein Communiqué veröffentlicht, das im Grunde gar nichts sagt. Nun melden Berliner Blätter, daß eine Unterredung des Reichskanzlers Dr. Luther mit Außenminister Briand in Locarno stattgefunden habe. Es soll dem deutschen Reichskanzler gelungen sein, den französischen Standpunkt dem deutsch-englisch-belgischen anzunähern. Wir lesen folgende Meldung:

**„Das Ereignis des Tages ist eine vertrauliche Aussprache, die heute in einem Nachbarorte am Seeufer der Reichskanzler Dr. Luther mit dem französischen Außenminister Briand hatte. Diese Besprechung hat zu einem wesentlichen Fortschritt geführt. Hauptthema der Besprechung waren die östlichen Schiedsverträge. Frankreich hat die ursprünglich von ihm verlangte einseitige Garantieleistung für die Verträge fallen lassen. Frankreich ist sogar noch einen Schritt weiter gegangen und hat die dann aufgestellte These einer zweiseitigen Garantieleistung gegenüber Deutschland und Polen, wie sie England im Westpakt gegenüber Frankreich und Deutschland ausüben soll, ebenfalls fallen lassen. Man einigte sich darauf, daß Frankreich außerhalb des Ostpaktes eine Erklärung zur Sicherung Polens abgeben solle.** Den Juristen wurde die Aufgabe zugewiesen, diese Erklärung in eine juristisch einwandfreie Form zu kleiden. Zum Teil ist diese Wendung der Dinge auf eine Anregung Vandervelde's, des belgischen Außenministers, zurückzuführen, der u. a. auch vorgeschlagen hat, daß ein Schiedsgericht für die sämtlichen Verträge, sowohl nach dem Osten wie nach dem Westen, d. h. ein besonderes Gremium neben dem Völkerbundsrat, gewissermaßen als völlig neutrale und objektive Gerichtsorganisation eingerichtet werden soll. Nunmehr scheidet zunächst das Problem der Ostverträge aus der Generaldiskussion aus, bis die Juristen einen formulierten Vorschlag für die Erklärung vorbringen. Man wird sich nunmehr ausschließlich dem Völkerbund, d. h. dem Artikel 16 der Völkerbundssatzungen, zuwenden.

Nach der heutigen Sitzung, die nur eine Stunde dauerte, wurde folgendes Communiqué ausgegeben: „In der heutigen Sitzung der Konferenz wurde zunächst die allgemeine Aussprache wieder aufgenommen und dann der Bericht der Sachverständigen über die ihnen im Verlauf der heutigen Sitzung übertragenen redaktionellen Arbeiten entgegengenommen. Da neue Anträge gestellt wurden, ergab sich die Notwendigkeit einer neuen Betrauung des juristischen Ausschusses mit deren Studium. Es wurde daher ein ergänzender Bericht der Rechtssachverständigen angefordert, der in einer späteren Sitzung erstattet werden soll. Die nächste Zusammenkunft der Hauptdelegierten wurde auf Donnerstag, nachmittag 2½ Uhr, anberaumt."

Ergänzend ist dazu noch zu berichten, daß in der heutigen Sitzung, abgesehen von den Fragen des Juristenberichtes, auch die politischen Fragen wieder kurz berührt wurden. Die weiteren Erörterungen, zu denen sich die juristischen Sachverständigen veranlaßt sehen, sind auf Belgiens und Italiens Anregung zu dem Paragraphenwerk des Paktes zurückzuführen.

Der tschechische Außenminister Benesch ist heute nachmittag hier eingetroffen und hat im Palace-Hotel Wohnung genommen. Aus deutschnationalen Kreisen wird berichtet, daß morgen hier auch der deutschnationale Reichstagsabgeordnete v. Lindeiner-Wildau, der Schriftführer der Reichstagsfraktion und der Vertraute des Grafen Westarp, als Beobachter ankommen wird."

## Dr. Stresemann und Briand.

### Eine wichtige Debatte.

Gegenüber irreführenden Darstellungen über die Dienstagsitzung der Konferenz, die vornehmlich von der Schweizerischen Depeschenagentur verbreitet und dann u. a. auch vom Pariser „Matin" übernommen wurde, sei folgender Tatbestand festgestellt worden: „Die Sitzung wurde eingeleitet durch eine Rede Briands, der den Standpunkt der französischen Delegation über die östlichen Schiedsverträge darlegte. Frankreich sagte er, sei durch seine Verträge mit Polen und der Tschechoslowakei gebunden und müsse infolgedessen Wert darauf legen, daß im Rahmen der abzuschließenden Ostverträge diesen französischen Verpflichtungen Rechnung getragen werde. Dies stand im Mittelpunkt der Erklärungen Briands. Darauf wurde ihm von deutscher Seite, und zwar von Dr. Stresemann erwidert, daß die Reichsregierung in ihren Memoranden die Frage der östlichen Schiedsverträge selbst angeregt und positiv gefördert habe. **Er müsse hervorheben, daß der Westpakt in keiner Weise eine Bedrohung der Ostgrenzen bedeuten solle.** Trotz des weitgehenden Entgegenkommens der Reichsregierung, das auch weit hinausgehe über die Anregungen des sogenannten Cuno-Paktes, und die von ihm selbst als Reichskanzler seinerzeit gemachten Vorschläge, hätten die Alliierten damit auch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verbunden. Die starke Opposition, die gegen den Völkerbund in Deutschland bestehe, und auf deren Gründe hier nicht näher einzugehen sei, seien Briand bekannt. Wenn trotzdem die Reichsregierung erklärt habe, daß sie einer solchen Verbindung nicht widersprechen wolle, so deshalb, weil sie in ihren eigenen Anregungen zum Sicherheitspakt kein taktisches Manöver, sondern den ehrlichen Willen, zu einem wirklichen Frieden zu gelangen, erblicke. **Es sei aber absolut nicht einzusehen, mit welchen logischen Gründen neben den beiden Zugeständnissen des Sicherheitspaktes und des Eintritts in den Völkerbund noch eine besondere Garantie für die Ostgrenzen als notwendig erachtet werde. Es hieße das Ansehen und die Möglichkeiten des Völkerbundes selbst kritisieren, wenn man sage, daß er noch nicht genüge, um friedliche Zustände zu garantieren. Briands Vorschlag sei daher im letzten Grunde eine Kritik am Völkerbund selbst, die sich Deutschland noch nicht einmal zu eigen machen wolle. Briand erwiderte dann, daß gewisse Bestimmungen des Völkerbundes noch nicht genügend Leben gewonnen hätten, weil die Versuche, ihn zu einem in allen Teilen wirksamen Instrument des Friedens zu machen, abgebrochen seien. Das war ein Hinweis auf das zurückgestellte Genfer Protokoll. Das sei, fuhr Briand fort, der Grund, weshalb gegenwärtig diese Ergänzungen noch erforderlich seien, die vielleicht einmal in späterer Zukunft fortfallen könnten, wie schließlich auch der Sicherheitspakt. Die Debatte wurde dann noch weitergeführt und schließlich vertagt.**

## Chamberlain und Dr. Stresemann.

### Keine bindenden Abmachungen über den Osten

Die juristischen Sachverständigen traten heute vormittag wiederum zu der üblichen Sitzung zusammen. Die heutige Vollkonferenz findet bereits um 2½ Uhr statt, da Vandervelde, der belgische Außenminister, gebeten hatte, die Sitzung früher beginnen zu lassen, damit man die schönste Zeit in Locarno, die Zeit des Sonnenunterganges, von 5—7 Uhr nachmittags zur Erholung haben könne. Diesem Wunsche schlossen sich die anderen Delegierten an. Am Vormittag fand im Palace-Hotel eine **Unterredung Dr. Stresemanns mit Chamberlain** statt, die gewissermaßen die Fortsetzung der gestrigen Besprechung mit Dr. Luther darstellt. **Die Unterredung dauerte zwei Stunden, von 10½ bis 12½ Uhr. Gegenstand der Besprechung war der vielumstrittene Artikel 16 der Völkerbundssatzung über das Durchmarschrecht.** Inzwischen empfing Briand die Vertreter der französischen Presse, fütterte sie mit allerlei Bonmots und wandte sich gegen die Meldung des „Berliner Tageblatts" über die Ostverträge, indem er sich auf eine Meldung des Wolffschen Telegraphenbureaus darüber berief. (In dieser

war gesagt worden, daß die tags zuvor aufgetretenen Schwierigkeiten trotz des erzielten Fortschritts noch fortbestehen. Die Red.) Eine Vereinbarung ist über die Ostverträge in der gestrigen Besprechung zwischen Briand und Dr. Luther nicht getroffen worden, sondern das **Kompromiß über die östlichen Schiedsverträge,** zum größten Teil auf Anregung Vanderveldes, ist **angebahnt** worden. **Aufgabe der Juristen ist es gegenwärtig, die Erklärung,** die Frankreich **zur Sicherung Polens außerhalb des eigentlichen Ostvertrages abzugeben gedenkt, des näheren zu formulieren.** Da heute der polnische Außenminister Graf Skrzyński in Locarno eintrifft, ist die leichte Nervosität der Franzosen begreiflich. Denn Graf Skrzyński wird natürlich alles daransetzen wollen, um Frankreich nicht aus der Garantiestellung herauszunehmen.

**In der gestrigen Vollsitzung der Konferenz wurde auch die Frage der Zulassung der polnischen Delegation zur Konferenz erörtert, wobei beiderseits die Ansicht geäußert wurde, daß für die Zulassung ein besonderer Beschluß der fünf zur Konferenz eingeladenen Mächte notwendig sei.**

## Und der Völkerbund?

Der Korrespondent des „Secolo" teilt mit, man rechne mit der Möglichkeit der Einberufung einer Sondertagung der Völkerbundsversammlung im Januar zum Zwecke der Herstellung der notwendigen Verbindung der hier etwa unterzeichneten Pakte mit dem Völkerbund. Man erkläre diese Maßnahme mit der Befürchtung, daß inzwischen Änderungen in der einen oder anderen Regierung eintreten könnten, die eine Verzögerung herbeiführen würde.

Zur Stellung Großbritanniens und Italiens bemerkt der Korrespondent des „Corriere della Sera", nachdem diese Mächte sich zu einer Politik der Mitarbeit am Westpakt entschlossen hätten, beständen für sie keine weiteren Schwierigkeiten. Ihre Aufgabe als Vermittler der Schwierigkeiten der anderen Mächte sei die wichtigste. Da sie als Garanten zu fungieren hätten, so müßten sie eine möglichst genaue Bestimmung der Art der Garantie fördern. Je wirksamer die für ihre Garantieleistungen aufgestellten Grundsätze seien, um so stärker sei die Garantieverpflichtung in sich selbst, und um so mehr sei dann der französisch-belgisch-deutsche Frieden gesichert.

Auf der Konferenz sind etwa 206 Journalisten aus allen Ländern der Welt vertreten. An der Spitze steht Deutschland mit 64, dann die Schweiz mit 33, Frankreich mit 31, England mit 19, Italien mit 17, Amerika mit 13, Polen und die Tschechoslowakei mit 9, Holland mit 4.

### Militärkonferenz in Paris.

**Mit der Räumung des Rheinlandes und mit der Verwendung der dadurch freiwerdenden französischen Truppen befaßte sich gestern eine Konferenz, die im Kriegsministerium unter dem Vorsitz von Painlevé stattfand.**

**An dieser Konferenz nahmen teil Marschall Foch, General Guillaumat, General Debeney, der Chef des Generalstabes, General Jacquemet, Kabinettschef im Kriegsministerium, und Tirard, der Präsident der Rheinlandkommission, sowie schließlich Laroche, Direktor im Auswärtigen Amt.**

**Diese Konferenz war, wie das amtliche Communiqué mitteilt, der Frage gewidmet, welche Rolle der französischen Rhein-Armee nach der entsprechend dem Friedensvertrage vorzunehmenden Räumung des besetzten Gebietes zufallen könne. Dabei war gleichzeitig von einer eventuellen Umgruppierung der Truppen die Rede.**

## Der Sejm vertagt.

### Regierungskrise. — Kombinationen. — Erregte Atmosphäre.

**Der „Kurjer Poznański" meldet: Der Sejm ist bis zum 20. d. Mts. vertagt worden. Diesen Beschluß hat in erster Linie die Konferenz in Locarno bewirkt. Gestern um 7 Uhr abends versammelte sich der Seniorenkonvent, um zur Vertagungsfrage Stellung zu nehmen. Der Sejmmarschall Rataj erklärte, daß einige Parteien verlangt hätten, die Freitagssitzung des Sejm auf den 20. Oktober zu vertagen. Mehrere Abgeordnete erklärten, daß, wenn das Verlangen nicht berücksichtigt würde, die Wyzwoleniegruppe mit ihrem Antrag hervorträte, den die Sozialisten, der Jüdische Klub und andere Parteien unterstützen würden. Der Marschall sagte, daß er bereit sei, den Sejm zu vertagen, aber im Verwaltungswege. Nach Beendigung der Beratungen des Seniorenkonvents sind viel Abgeordnete abgereist. Obwohl die Kabinettskrise angesichts der Vertagung des Sejm noch nicht akut ist, werden doch schon Regierungskombinationen angestellt. Als künftiger Premier wird Herr Sikorski genannt, der auch das Außenministerium übernehmen würde, da zwischen ihm und Herrn Skrzyński Unstimmigkeiten herrschen sollen. Das Portefeuille des Finanzministers soll Herr Szarski oder der Direktor der Bank Gospod. Kraj. Steczkowski erhalten. Mit gewisser Zurückhaltung wird noch der Name des Herrn Wieniawski, des Direktors der Bank Handlowy, genannt. Auf den Posten des Vizeministers wird die Kandidatur des Abg. Byrka von der Polnischen Volkspartei lanciert. Dieser war Leiter der Finanzen in der Regierung Moraczewski. Für die Übernahme des Kultusministerpostens ist Herr Ponikowski ausersehen. Die inneren Angelegenheiten werden dem Wojewoden Wachowiak zugedacht. Die Regierungskombinationen sind ein Ausdruck der erregten Atmosphäre, die im Sejm herrscht.**

## Locarno und Warschau.

Der „Kurjer Poranny" schreibt im Zusammenhang mit der Konferenz in Locarno und der Ankunft des polnischen Außenministers Skrzyński dortselbst einen Artikel, in dem u. a. folgendes ausgeführt wird: „Aus den Enthüllungen in der italienischen Presse über das Projekt des deutsch-alliierten Paktes geht hervor, daß dieses Projekt eine ganze Reihe von Punkten betrifft, die mit dem ganzen künftigen deutsch-polnischen Verhältnis und dem Stande der internationalen Sicherheit Polens sehr eng verbunden sind. Sowohl die Frage der Befreiung Frankreichs von der Unantastbarkeit der Rheinzone für den Fall eines Angriffs Deutschlands auf Polen, als auch die Frage der Bedingungen, unter denen Deutschland in den Völkerbund eintreten soll. Im Zusammenhang mit dem für Polen wichtigen Artikel 16, sowie endlich die Frage der französischen Garantie für die östlichen Schiedsverträge Deutschlands und die automatischen Sanktionen, die mit dieser Garantie verbunden sind, — alles das bildet Probleme, die für die Sicherheit Polens sehr wesentlich sind. Man kann sich schwer vorstellen, daß diese Dinge ohne Anhörung der Argumente des polnischen Außenministers erörtert werden könnten, wenn das Programm der Konferenz Polen das Recht der Teilnahme an den Diskussionen zugesichert hat. Es ist auch anzunehmen, daß die Nachrichten von Kompromissen gerade in diesen Objekten auf einem gewissen Mißverständnis beruhen. Man kann nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß die deutsche Diplomatie die Person Tschitscherins in das in Locarno aufgenommene Spiel einmischt. Der Warschauer Besuch Tschitscherins wird dabei dazu benutzt, das Gerücht zu verbreiten, daß gerade der polnische Außenminister Anhänger dessen sei, Tschitscherin in irgend welchen Zusammenhang mit der Konferenz zu bringen, und daß die deutschen Delegierten nur diese Art von Initiative approbierten. Es ist gelungen, durch dieses Gerücht einen Teil der englischen Presse zu einer abgeneigten Stimmung der englischen Meinung für die Rolle zu betören, die Polen auf der Konferenz spielt. Man kann nicht daran zweifeln, daß die Ankunft des Ministers Skrzyński in Locarno dieser Intrige ein Ende setzt."

**In Locarno scheint es freilich etwas anders auszusehen.**

# Der beleidigte Westmarkenverein.

## Die Anklagereden des Z. O. K. Z. — Die Verteidigung. — Das Urteil.

**Posen,** 8. Oktober. Wie wir bereits gemeldet haben, fand am Montag, dem 6. Oktober 1925, der Prozeß des Westmarkenvereins (Z. O. K. Z.) gegen das „Pos. Tagebl." vor dem hiesigen Amtsgericht statt. Der Vorsitzende der Strafkammer war Herr Amtsgerichtsrat Dr. Ciszewski. Die Anklage wurde durch die Herren Rechtsanwälte Dr. Jeske und Dr. Izycki (Posen) vertreten. Angeklagt war der Verfasser und Zeichner des Artikels, Herr Dr. v. Behrens-Bromberg, auf Grund der Paragraphen 185, 186, 187, und der politische Redakteur des „Posener Tagebl.", Robert Styra, auf Grund der §§ 185, 186, 187 des Strafgesetzbuches, sowie der §§ 20 und 21 des Pressegesetzes. Die Hauptverhandlung, die im Saal 63 des hiesigen Sąd Powiatowy stattfand und zunächst auf 10.30 Uhr festgesetzt worden war, wurde auf 1 Uhr vertagt. Kurz nach 1 Uhr begann die Hauptverhandlung unter starker Beteiligung des Publikums und der polnischen Presse. Zunächst kam ein Antrag (Ablehnung des Gerichts wegen Befangenheit) des Herrn Dr. v. Behrens zur Verhandlung, der dann von dem Angeklagten zurückgezogen wurde, weil das Gericht erklärte, dem Z. O. K. Z. nicht anzugehören. Es erfolgte zunächst die Verlesung der Anklage, die einzelne Sätze aus dem Artikel des Herrn Dr. v. Behrens herausgenommen hatte, welche als Beleidigung galten. Danach erfolgte die Verlesung des Artikels vom 14. Januar 1925, der im „Pos. Tagebl." erschienen war.

Zunächst stellten die Kläger formelle Anträge, desgleichen Dr. v. Behrens und Rechtsanwalt Cohn. Alle Anträge wurden abgelehnt. Der letzte formelle Antrag vor der Unterbrechung lautete auf Klärung der Frage, wer die Anklage erhebe. Ein Verein könne nach Dahlke (Anmerkung zu § 185) nicht als Beleidigter klagen. Dagegen dürften es Privatpersonen, wenn sie die Beleidigungen näher begründen. Das Gericht erklärte, daß der Verein nicht klagen könne, daß aber den Mitgliedern die Klage gestattet sei. Der Antrag des Rechtsanwalts Cohn, die Anklage gegen Redakteur Styra zu trennen, da doch die Verantwortung Dr. v. Behrens trage und sich auch dazu bereit erklärt habe, wurde von dem Ankläger Rechtsanwalt Dr. Izycki empfohlen. Er erklärte sich bereit, unter Umständen die Anklage zurückzuziehen. Der Vorsitzende des Gerichts berief sich auf § 20, der eine Verurteilung vorsehe, eventuell wegen Beihilfe. Die Verhandlung würde nicht getrennt behandelt. Nach Verlesung des Gerichtsurteils trat die Mittagspause ein.

Um 4.30 pünktlich wurde die Hauptverhandlung wieder eröffnet. Nach einigen weiteren Anträgen von seiten der Kläger, sowie nach Gegenanträgen, die alle abgelehnt wurden, begannen die Plädoyers der Anklagevertreter. Zunächst sprach Herr Rechtsanwalt Dr. Jeske. An Hand der Anklageschrift ging er in längeren Ausführungen dem Artikel des Herrn Dr. v. Behrens nach. Er sagte u. a., daß der Artikel, wenn man ihn genauer ansehe, aalglatt geschrieben sei, daß er sich zwischen den formalen Beleidigungen hindurchwinde, daß aber aus allen Sätzen hervorgehe, daß die Absicht der Beleidigung vorliegt. Den Leitern des Z. O. K. Z. werde der Vorwurf in giftigen Worten gemacht, daß sie keine Ideale haben, daß sie materiell nur auf den eigenen Vorteil bedacht sind, daß sie die Bevölkerung belügen und aus Hetze Gewinn ziehen — für die eigene Tasche. Der Z. O. K. Z. sei aber eine rein ideale Vereinigung und könne z. B. mit dem Ostmarkenverein gar nicht verglichen werden. Denn der Z. O. K. Z. verfolge keine expansiven Ziele. Er wolle nur rein polnische Erde vor der Raubgier schützen. Ohne Zweifel sei Posen, Westpreußen und Oberschlesien rein polnisches Land, und dies vor dem Feinde zu schützen, sei ein nationales und ideelles Ziel. Der Z. O. K. Z. habe hochstehende Persönlichkeiten in seinen Reihen, er genieße das Vertrauen aller polnischen Kreise. In einem Verein, wo Männer von hoher politischer Qualität seien, wie etwa der polnische Botschafter in Frankreich, Chłapowski, sei das ein klarer Beweis für seine hohe Stellung. Die giftigen Beleidigungen treffen das polnische Volkstum.

Nach Dr. Jeske sprach Rechtsanwalt Dr. Izycki. Seine Rede entbehrte der Sachlichkeit. Vorwürfe und längst widerlegte Behauptungen gegen Deutsche und das Deutschtum wurden erhoben. Das „Posener Tageblatt" sei das Drachennest, dem die Krallen abgehauen worden sind, dem man die Zähne stumpfte. Es habe sich zurückgezogen, wutschäumend, schnaubend vor Rachedurst. Alle Artikel im „Pos. Tagebl." seien Beschimpfungen des Polentums, seien wilde Ausfälle giftigen Hasses. Das „Tageblatt" habe die Absicht, die polnische Bevölkerung einzuschläfern, um den Berliner Wünschen zu dienen, wieder von dieser rein polnischen Erde Besitz zu ergreifen. Berlin sei die Zentrale, die Direktiven gebe, den Boden für das Preußentum und seine Unterdrückermethode vorzubereiten. Es ist verständlich, daß ein Verein, wie der Z. O. K. Z., diesen Polenfeinden unangenehm sei, besonders darum, weil er mit legalen Mitteln Polens Besitz schütze. Das polnische Volk hat die preußische Unterdrückermethode kennen gelernt, es hat den preußischen Stiefel im Genick gefühlt, es hat gelitten und ist geknechtet gewesen. Wie die Tendenzen des „Tageblattes" sind, das beweisen hier die Hunderte von Artikeln, die dem Gericht vorgelegt werden, aus denen es die Wut und die Rachegefühle des Hakatistenblattes am besten erkennen kann. Dr. v. Behrens ist ein talentvoller Schriftsteller, der sich zu den Feinden des Polentums begeben habe, der selbst erbitterter Feind, im Dienst des preußischen Hakatismus von Berlin steht. Ein Söldling der polnischen Feinde. Er schreibt eine gewandte und giftige Feder, er beleidigt das Polentum dauernd mit großer Frechheit. Hier müßte Polen hinschauen, um den eigenen Bestand zu schützen. Jetzt vor Gericht spiele er (Dr. v. Behrens) den Unschuldsengel, jetzt spiele er sich als Freund Polens auf, um uns an der Nase herumzuführen — in Wahrheit aber sei das die Art der Schlange, die hinterlistig stechen kann und will. Behrens hat einmal Anlehnung an das Polentum gesucht. Wenn Sie, meine Herren Richter, dem Antrag von uns stattgegeben hätten und den Zeugen, den Redakteur des „Kurjer Poznański", zugelassen hätten, konnten Sie erfahren, was für ein Charakter Dr. Behrens ist. Immer eine Schlange, immer Polens Feind und immer das unschuldige Schaf. Ich würde Sie bitten, hier eine energische Strafe zu beschließen, um den Feinden Polens endgültig den Garaus zu machen, um ihnen zu zeigen, daß das Polentum sich nichts gefallen läßt.

Die Rede ging in diesem Ton etwa eine halbe Stunde lang. Es erübrigt sich dazu jede Bemerkung. Danach wurde Herrn Rechtsanwalt Cohn das Wort erteilt, der den verantwortlichen Redakteur Robert Styra verteidigte, und auf Freispruch den Antrag stellte, da das Pressegesetz genau und deutlich die Straffreiheit in diesem Falle vorsehe. Der Angeklagte Styra schloß sich dem Antrag des Verteidigers an. Erklärte jedoch auf Befragen des Richters, daß der Artikel von ihm gelesen, redigiert und mit Überzeugung in die Zeitung gebracht worden sei, weil die Tätigkeit des Z. O. K. Z. diese Abwehr der ewigen Angriffe auf das Deutschtum gerechtfertigt habe.

Danach ergriff Herr Dr. v. Behrens das Wort zu einer längeren

### Verteidigungsrede,

die er polnisch hielt und die unter großer Spannung vom Publikum lautlos angehört wurde. Die Rede lautete etwa wie folgt:

„Hohes Gericht! Ich stehe hier der öffentlichen Beleidigung der Führer einer deutschenfresserischen allpolnischen Organisation, des Z. O. K. Z., angeklagt, obwohl ich keinen von den Privatklägern mit Namen nannte, — im Gegenteil nur eine jeder persönlichen Anzüglichkeit bare, ganz allgemeine Charakteristik der namentlich nicht einmal bezeichneten Clique von Drahtziehern dieser Gesellschaft von Menschenverhetzern im Aufsatze gegeben habe. Zur selben Zeit muß ich es erleben, daß ich, schutzlos vor dem Antlitz dieses Gerichtes hier stehend, von den Rechtsanwälten der Gegenseite öffentlich und mit Nennung meines Namens beleidigt werde: „ein Mann mit eherner Stirne sei ich, der es wagt, der Welt vorzuspiegeln, daß nicht geheime Hintergedanken eines Vorkämpfers Deutschlands, sondern lediglich Humanitätsgründe und Mitleid an dem „mißleiteten" Polenvolke selbst seine Feder führten, — das ist dieser Dr. v. Behrens!" „Eine Schlange, die ihr großes Schriftstellertalent ausschließlich der Unterwühlung des Polenstaates gewidmet hat." Und so weiter, bis auf solche Unwahrheiten, ich hätte jemals Anlehnung an das Polentum gesucht, wo ich doch ein Deutscher bin.

Auf alle diese Beleidigungen halte ich es unter meiner Würde, hier aufzutreten. Denn ich bin — Gott sei Dank — ein Deutscher, und wenn es Gott will, bleibe ich und mein ganzes Geschlecht für immer deutsch. Nicht diese Herren vom O. K. Z.-Verein werden uns polonisieren, das ist sicher.

Zur allgemeinen Kenntnisnahme will ich jedoch erwähnen, daß ich zu jenen Zeiten, wo es in diesem jungen Staate noch keine Okazisten-Vereine gab, als einer der ersten Deutschen meinen polnischen Landsleuten (in Petersburg) die erste Konsularvertretung Polens auszubauen behilflich war und ein Jahr lang in Warschau als höherer Beamter bei der Organisation desjenigen Ressorts mitgearbeitet habe, welches dem Polenvolke wohl nötig ist — des Ministeriums für Volksaufklärung und Kultus. Aus eigenen Antrieb und aus freien Stücken bin ich von dort weggegangen, und die Leitungen dieser Ressorts haben mich seinerzeit gebeten, im Dienste Polens zu bleiben. Nicht um mich auf meine Verdienste um diesen Staat zu berufen, erwähne ich dieser Vergangenheit, sondern um Lügner und Verleumder an dieser Stelle Lügen zu strafen.

Jedoch werden hier keinesfalls diejenigen der Verleumdung und der Lüge gerichtlich bezichtigt, die mich in Hunderten Artikeln polnischer Zeitungen „Preußenspion", „Hakatisten" „Staatsverräter" und „Polenfeind" lange Jahre beschimpfen, sondern ich, dafür, daß ich eine Menschenhassergesellschaft in richtiger Weise charakterisiert habe. Nun halte ich es für meine Pflicht, dem Hohen Gerichte mitzuteilen, daß ich als ein loyaler Bürger dieses Staates und zugleich als ein seiner Verantwortung vor der Heimat und vor der Mitmenschheit bewußter Journalist nie und nimmer davon lassen werde, die Krebsschäden, die hierzulande immer üppiger zur Entwicklung gelangen, bloßzulegen, — so lange meine Hand noch die Feder zu halten imstande sein wird. — Doch gerichtlich meine Verleumder verfolgen werde ich nie, und kann es auch kaum ... da ich doch ein Deutscher bin ...

Die Ankläger sind über die beizende Ironie erbost, mit der ich diese meine Pflicht erfülle, — ganz speziell in meinen Aufsätzen, die ich über den Westmarkenschutzverein schreibe! Nun, befleißigten sich denn meine Ankläger nicht selbst dieser polemischen Form heute hier, indem sie, diese Vertreter des Z. O. K. Z., mit ernster Miene erklärten, daß wir Deutschen es in Polen so gut wie nirgens in der Welt hätten? — — —

Ein Lobgesang wurde hier über die „reinen, ideellen Ziele" gesungen, die diesem Verein einzig und allein vorleuchten: ein hehrer Patriotismus. reinsten Wassers. sei es, der doch **„nur" die edle Absicht im Auge behalte, — das Land vom Deutschtum und vom Judentum zu reinigen, — „nichts mehr! —** da dieses Land doch Polenland sei". Nun, meine Herren, auf diese Art von Mentalität kann man ja nur mit resigniertem Lächeln hinweisen: sie ist eben etwas Unausrottbares hierzulande geworden: Die Herren vom Westmarkenverein haben die Überzeugung, daß ihr Verein und Polen — ein und dasselbe ist. Das Polen und — **die** Polen sei eben ein und dasselbe! Ich aber ziehe es vor, auf dem rechtmäßigen Standpunkt zu stehen, den mir, einem Bürger dieses Staates, unsere Staatsverfassung vorschreibt; laut dieser Staatsverfassung ist mir ein jeder Deutscher, Pole **und** Jude — ohne Unterschied der Nationalität — gleichmäßig ein absolut gleichberechtigter Mitbürger, und wer anders denkt, der ist in meinen Augen ein Staatszerrütter, der hier auf diese Anklagebank, nicht aber auf die Anklägerplätze gehört.

### „Polen nur für die Polen!"

das ist die staatszerrüttende Parole, die der Z. O. K. Z. auf seine Fahnen geschrieben hat. Ich versichere Ihnen, meine Herren Richter, — daß gerade diese Parole das neupolnische Reich bald zugrunde richten wird — in absehbarer Zeit! —, und daß Gerichtsurteile, die einer solchen Organisation das Rückgrat zu stärken geeignet sind, zugleich das Rückgrat unserem jungen Staate brechen werden. —

Dieses — bitte ich, als eine **wohlgemeinte Warnung** eines ziemlich weltbewanderten alten Diplomaten, — nicht aber als eine Prophezeiung voll Schadenfreude auffassen zu wollen. — Meine Ankläger pochen wiederholt darauf, daß der Z. O. K. Z. „von der gesamten öffentlichen Meinung Polens (die Herren wollten wohl sagen: der reinpolnischen Gesellschaft) als eine Verbindung von Patrioten, die unselbstsüchtig und mit reinen Händen an der Beschützung des Vaterlandes arbeiten, anerkannt werde". Meine Meinung bilde eine Ausnahme; ich schildere diesen hochehrwürdigen Verband falsch als eine Gesellschaft von politischen Dunkelmännern, von Leuten, die unter dem Deckmantel der vermeintlich patriotischen Zwecke Geldsammlungen für eigene Zwecke veranstalten, ihre Frauen in die Seebäder auf Vereinskosten senden usw. Seltsamerweise fühlt sich zum Beispiel sogar der Domherr Czechowski, der auch dem Vorstande angehört von letzterer Vermutung getroffen. Denn auch er unterzeichnete diesen Punkt des Anklageaktes. Ich würde wirklich dankbar sein, wenn die Ankläger einer nach dem andern einzeln mir diejenigen Punkte in meinem Aufsatze aufzählen wollten, die den betreffenden Herrn besonders schwer tangiert haben sollten. Doch das tun die Herren nicht, weil in Wirklichkeit in dem Aufsatze gegen keinen einzigen von ihnen irgendeine Beleidigung enthalten ist!

### „Alle Führer des Westmarkenvereins haben reine Hände",

wiederholen die Herren Ankläger im Brusttone der Überzeugung. Sie seien keine Pogromleute, sie sind engelhaft gut und human, sie arbeiten einzig zum Wohle ihres Volkstums. Nun wohlan, hier stelle ich dem Hohen Gericht ein Bündel ganz frischer Urkunden zur Verfügung, die seltsamerweise ein anderes Licht auf den Z. O. K. Z. und auf seine vermeintlich so reinen Hände werfen ... Es möge das Hohe Gericht doch Einblick in die Akten der Staatsanwaltschaft zu Lodz nehmen, wo neulich der Ehrenschatzmeister des Z. O. K. Z. mit der Vereinskasse durchbrannte. In Graudenz lief dieser Tage im Gericht eine Klage gegen den Westmarkenvereinsvorstand wegen Mietsprellerei ein, und zwar einer planmäßig vollzogenen. Sollen das alles „reine Hände" sein? Die Herren Ankläger erzählten uns hier mit Entrüstung, man dürfe den Z. O. K. Z. nur ja nicht mit dem ehemals russischen Pogromvereine Dubrowins, dem berüchtigten „Verbande der echten Russen", vergleichen. Die Herren Okazisten seien keine Knüppelhelden! Aber kaum vor zwei Wochen hat ein Okazist in Schlesien einen Deutschen nur dafür, daß er ein Deutscher sich zu nennen wagte, erschossen. Ausgerechnet war es der Rädelsführer des Z. O. K. Z. in Polnisch-Schlesien. Ich kann die Namen sofort nennen, falls die Gegenseite es wünscht. Nein? Dann also nicht! Soll ich erst davon hier erzählen, wie leichtsinnig der Z. O. K. Z. Tausende von **unschuldigen Optanten** ins

# Das größeste Gebot.

Jesus spricht in dem heutigen Evangelium von dem vornehmsten und größesten Gebot und gibt auf die Frage nach ihm die bekannte Antwort, die die Liebe zu Gott an die Spitze aller Gebote stellt, das andre aber, die Forderung der Nächstenliebe, ihm gleichordnet.

Liegt nicht darin eigentlich eine Schwierigkeit? Gibt es denn große und kleine Gebote? Hat nicht vielmehr der Apostel recht, der Übertretung auch nur eines Gebotes der Verschuldung dem ganzen Gesetz gegenüber gleichstellt? Was ist hier klein, was ist groß? Ist die Heiligung des Feiertags weniger wichtig als etwa die Ehrfurcht vor dem Leben, ist ein falsches Zeugnis wider den Nächsten weniger schimm als etwa ein Diebstahl? Wir wissen, daß Gottes Wille in allen Dingen der gleiche, daß jede Übertretung eines Gebotes Sünde wider ihn ist.

Aber freilich, wenn Jesus von einem größesten Gebot spricht, so meint er damit nicht eins, das neben den andern steht, sondern das, dessen Erfüllung allen andern vorangeht und ihre Erfüllung erst ermöglicht: Du kannst ja nicht recht Gottes Namen heiligen, seinen Tag feiern, wenn du ihn nicht liebst, du kannst ja nicht die Gebote der zweiten Tafel erfüllen, wenn du nicht deinen Nächsten liebst, wie dich selbst. Mit dem großen Doppelgebot der Liebe — das doch zuletzt nur ein Gebot ist, weil ihm die Liebe zum Nächsten nur auf dem Boden der Liebe zu Gott erwächst — bezeichnet Jesus die Wurzel aller Erfüllung des Gesetzes. Und man muß erst die Wurzel haben, ehe man die Blüten und Früchte haben kann.

Darin liegt das Geheimnis aller wahren „Gerechtigkeit“ verborgen. Äußerlich alles das tun oder meiden, was das Gesetz sagt, ist ja keine Kunst. Aber das sind bloß nachgemachte Blumen ohne Duft und Leben, wenn es ohne die Liebe zu Gott geschieht. Das ist nur Schein, nicht Wesen. Denn Paulus behält recht: nur „die Liebe ist des Gesetzes Erfüllung“.

**D. Blau-Posen.**

# Parlament und Regierung.

Vom Abgeordneten R. Piesch.

Am 6. Oktober trat das polnische Parlament nach den Sommerferien wieder zusammen. In der Zeit der Unterbrechung der parlamentarischen Tätigkeit hat sich die wirtschaftliche Lage des Staates bedenklich verschlimmert. Im Zusammenhange damit trat eine Entwertung unseres Złoty ein, die schlimmste Befürchtungen aufkommen ließ. Da ist es kein Wunder, wenn die geängstigte Bevölkerung sich nach der Ursache der Vorgänge fragt und ihre Aufmerksamkeit mehr denn je auf das Parlament lenkt. Ist ja doch das Parlament die Stelle, wo die gemeinsamen Interessen aller Staatsbürger zur Geltung, die einander entgegenstehenden zum Ausgleich kommen sollen. Es ist aber auch die höchste Kontrollinstanz für die Administration.

Hat nun der derzeitige polnische Sejm diese beiden Aufgaben erfüllt? Man muß diese Fragen verneinen.

### Der Parlamentarismus ist krank.

Die hohe Idee, daß der Abgeordnete ein Vertreter des Volkes sein soll, der seine ganze Kraft dem Gesamtwohl einsetzt, ist im polnischen Sejm nicht zum Durchbruch gekommen. Schuld an diesem Mangel ist zunächst die Art der Wahl unserer Abgeordneten. Sie sind nicht in erster Linie die berufenen Vertreter der Staatsinteressen, sondern die Exponenten einer Partei, deren besondere Interessen über das Staatswohl gestellt werden. Dazu kommt das unglückselige Listenwahlsystem, durch welches Personen, denen alle Voraussetzungen eines Volksvertreters fehlen, die auch niemals als „Erwählte“ des Volkes bei einer Personenwahl in das Parlament einziehen würden, zur Vertretung der Staats- und Volksinteressen berufen werden. Ein derart zusammengesetztes Parlament kann seinen Aufgaben nicht gerecht werden.

Die polnische Presse der verschiedensten Richtungen hat in allen kritischen Lagen des Staates die polnische Volksvertretung als Zielpunkt ihrer Angriffe gewählt. Aus den Kreisen der Abgeordneten werden immer wieder Stimmen laut, die eine Auflösung des gegenwärtigen Parlaments und Neuwahlen fordern. Dem Uneingeweihten mag dies als Ausdruck einer gewissen Selbstlosigkeit erscheinen. Wer aber hinter die Parteikulissen zu blicken vermag, weiß, daß alle diese Forderungen nicht der Rücksicht auf den Staat, sondern

### einzig und allein Parteirücksichten

entsprungen sind, die es zu gewissen Zeiten ratsam erscheinen lassen, an die Wählerschaft zu appellieren, weil man zufällig ein gutes Schlagwort hat, mit dem man in den Wahlkampf treten könnte.

Der Sejm ist das Bild einer Kräftezersplitterung. An zwanzig Parteien und Parteichen, die teils auf sozialen, teils auf nationalen Grundlagen ruhen, stehen einander gegenüber. Noch selten haben Anträge, die diesem Ziele entsprachen, eine Ablehnung erfahren. Auch die Partei der Internationale vermag sich trotz aller Erklärungen bei Parteitagen von der feindlichen Einstellung gegen die nationalen Minderheiten nicht frei zu machen. Durch die ewigen Parteirücksichten gebunden, geht die Arbeit sowohl in den Kommissionen wie im Plenum sehr langsam vor sich. Bei den nichtigsten Dingen wird durch langatmige Reden, die für die Gasse berechnet sind, die kostbare Zeit vergeudet. Immerhin muß aber gesagt werden, daß der Warschauer Sejm

### eine ganz bedeutende legislative Tätigkeit

entfaltet hat. Viele der beschlossenen Gesetze leiden daran, daß in ihnen statt des Staatsinteresses das Parteiinteresse zum Ausdruck kommt, so daß ihre praktische Durchführung großen Schwierigkeiten begegnet. Immer wieder werden seitens der Regierung Abänderungsanträge gebracht, so daß sich die Gesetze nicht als etwas Stabiles darstellen, vielmehr in immerwährender Wandlung begriffen sind. Das erschwert die Arbeit der Exekutive, die dem ewigen Wechsel nicht zu folgen vermag.

Trotz der heterogenen Zusammensetzung des polnischen Parlaments wäre immerhin eine Arbeit des Parlaments für das allgemeine Wohl denkbar, wenn nicht dessen Autorität durch die Regierung in bedenklicher Weise geschädigt würde. Besonders die derzeitige Regierung hat den Sejm in seiner Mehrheit zu einem Jasager gemacht. Wir haben nach der Verfassung in Polen ein demokratisches System. Für jeden unbefangenen Abgeordneten ist es aber klar, daß uns noch manches hierzu fehlt. Ministerpräsident Grabski, der längst den Standpunkt des Parteilosen aufgegeben hat, versteht in trefflicher Weise, die Mehrheit des Parlaments für seine Wünsche gefügig zu machen. Wie oft ist es vorgekommen, daß bereits gefaßte Beschlüsse aufgehoben wurden, weil es die Regierung so haben wollte. Bei der Beratung des Bodenreformgesetzes im Senat hat sich dies wieder gezeigt. Was sollen die Wähler dazu sagen, wenn sie sehen, daß ihr Vertreter selbst nicht weiß, was er tun soll?

Ministerpräsident Grabski hat es verstanden, sich als Retter des Vaterlandes hinzustellen. Wie seine Rettung aussieht, zeigt die gegenwärtige Notlage unserer Wirtschaft. Immerhin sollen seine Verdienste um den Staat nicht gering eingeschätzt werden. Was ihm jedoch das Parlament als schweren Vorwurf entgegenhalten muß, das ist, daß er es war, der

### die Autorität der Volksvertretung auf das schwerste geschädigt

hat. Um seine Sanierungsmaßnahmen durchzuführen, brauchte er eine gewisse Bewegungsfreiheit und ließ sich von den Volksvertretern für das Jahr 1924 besondere Vollmachten geben, die er aber über die Grenzen des Zulässigen hinaus ausnützte. Aus den finanziellen Vollmachten wurden auch politische gemacht. Der Sejm kam in das Hintertreffen, das Familienministerium Grabski beherrschte in oligarischer Weise den Staat. Es fällt mir durchaus nicht ein, bei den eigenartigen Verhältnissen der Sejmzusammensetzung dagegen Stellung zu nehmen, daß für den Staat wichtige Lebensfragen, die der schwerfällige parlamentarische Apparat nicht zu lösen vermag, durch Vollmachten der Regierung zur Lösung kommen. Trotz allem darf die Regierung nicht vergessen, daß das Parlament eine Institution ist, deren Erschütterung leicht zur Erschütterung des Fundaments führt, auf dem der Staat aufgebaut ist.

Man sollte meinen, daß wenigstens die von Sejm und Senat genehmigten Gesetze durch die berufenen Ministerien zur Ausführung gelangen. Weit gefehlt. Der Sejm mag beschließen was er will, ausgeführt wird nur das, was der Regierung genehm ist. Das zeigt sich bei vielen Gesetzen. Das Pensionsgesetz ist durch die Durchführungsverordnung des Herrn Grabski seines humanen Gewandes entkleidet worden. Jammer und Sorge sind in viele Familien seit Jahren eingezogen, deren Oberhaupt ein Menschenalter und darüber seine Beamtenpflicht erfüllt hat. **Erst auf dem Wege der Klage beim Tribunal, den nur wenige zu betreten in der Lage sind, wird den Armen ihr Recht zugesprochen. Unzählige Pensionisten warten noch heute auf die Flüssigmachung ihrer Versorgungsgenüsse. Ja, man spart bei den Armen, während durch ungetreue Verwalter von Staatsbesitz und schwindelhafte Bankmanipulationen der Staat um Hunderttausende, ja um Millionen betrogen wird. Wo ist da die große Umsicht der Regierung, die jedem Bürger gegenüber Vormund sein möchte?**

Ein Beispiel der Beugung gesetzlicher Bestimmungen hat Ministerpräsident Grabski

### in der Paßfrage

gegeben. Das Paßgesetz gibt Studierenden an Auslandsschulen das Recht, einen Paß zu ermäßigter Gebühr zu erhalten. Selbstverständlich muß die Regierung jeden Mißbrauch dieser Begünstigung zu verhindern trachten. Das aber, was derzeit geschieht, ist eine Sabotage des Paßgesetzes durch besondere Verordnungen und Vorschriften. Ich habe persönlich für eine größere Anzahl von Studenten, die teils schon an ausländischen Hochschulen studierten, teils das erste Mal hinausfahren wollen, obgleich ich die Verordnung des Ministerpräsidenten über die besondere Genehmigung des ermäßigten Passes als dem Gesetz zuwiderlaufend ansehe, die richtig belegten Gesuche beim Unterrichtsministerium vorgelegt. Der größte Teil der Ansuchen wurde ohne Grundangabe abgelehnt. Wie kommt das Unterrichtsministerium dazu, unsere deutsche Jugend zu vergewaltigen? Was geht es den Herrn Unterrichtsminister an, wenn der Deutsche an deutschen Anstalten seine Fortbildung sucht? Man gebe uns Deutschen im Inland die Möglichkeit, in unserer Muttersprache die Ausbildung zu finden, dann wird es niemandem einfallen, in das Ausland zu gehen. Die Deutschen der Tschechoslowakei besitzen zwei Hochschulen und vier höhere Gewerbeschulen zur Fortbildung ihrer Jugend. Herr St. Grabski möcht mit Gewalt

### die Polonisierung unserer deutschen Jugend

betreiben, daher sperrt er ihr den Weg zu den Auslandsbildungsstätten. Dieser Gewaltakt eines Mannes an verantwortlicher Stelle spiegelt so deutlich die Haltung der derzeitigen Regierung gegenüber dem Willen der Volksvertretung. **Gewaltakte, wie sie sich gegenüber den deutschen Schulen in Posen und Pommerellen ereignen, müssen uns Deutsche in der Anschauung bestärken, daß Recht und Gesetz nur für eine besondere Gruppe von Bürgern Geltung haben.** Leider ist unser Parlament, in dem der polnische Nationalismus die überwiegende Mehrheit in seine Bande geschlagen hat, heute nicht in der Lage, Wandel zu schaffen. Die berechtigten Klagen der Minderheiten werden nicht von dem Gesichtspunkte Recht oder Unrecht, sondern lediglich vom Standpunkte nationaler Programmpunkte behandelt. Ebenso sind die gesündesten Ideen, wenn sie von Deutschen kommen und im Staatsinteresse zur Durchführung beantragt werden, schon im vorhinein begraben. Dadurch wird das politische Leben vergiftet.

### Der Haß ist stets ein übler Berater.

Eine Haßpolitik ist eine Gefahr für den Staat. Diese Politik sucht allen jenen, die nichtpolnischer Nationalität sind, das Brandmal des Staatsverrats aufzudrücken. Sehen die Führer der polnischen Parteien nicht, daß sie mit ihrer Politik einen großen Prozentsatz wertvoller Staatsbürger dem Staate entfremden? Sehen sie nicht ein, daß sie durch ihr Verhalten tiefste Erbitterung in die Herzen Tausender pflanzen?

# Unterbringung von Optantenkindern in Deutschland.

Das Deutsche Generalkonsulat bittet uns, folgendes mitzuteilen:

„Die Vorbereitungen für die Unterbringung der Optantenkinder in Deutschland sind inzwischen soweit gediehen, daß mit einer baldigen Abreise der Kinder gerechnet werden kann. Die Eltern, die ihre Kinder angemeldet haben, werden einzeln Nachricht über den Abreisetermin der Kinder erhalten.

Der katholischen Kinder will sich der Herr Pater Kempf von der Franziskanerkirche, ul. Franciszkańska Nr. 2, in liebenswürdiger Weise besonders annehmen. Für diese katholischen Kinder kommt hauptsächlich das „Charitas“-Kinderheim bei Saarow am Scharmützelsee in Frage. In diesem Heim können Knaben bis 14 Jahren und Mädchen sogar bis zum Alter von 18 Jahren untergebracht werden. Für die Mädchen im Alter von 14 bis 18 Jahren besteht in den Heimen eine Haushaltungsschule, so daß sie also in der Zwischenzeit dort im Haushalt ausgebildet werden. Auch die Unterbringung im „Charitas“-Heim ist, wie in den anderen Kinderheimen, völlig kostenlos, da für diesen Zweck die deutschen Katholiken einen Betrag gesammelt haben. Die Kinder brauchen nichts weiter als ihre Kleidung und ihre Leibwäsche mitzubringen, wobei sogar dafür gesorgt ist, daß ärmeren Kindern auch die Leibwäsche und die Kleider in den Heimen ergänzt werden.

Alle katholischen Eltern, und zwar auch die Eltern, die ihre Kinder bereits bei dem Generalkonsulat angemeldet haben, ohne auf die Konfession hinzuweisen, werden gebeten, ihre Anmeldungen an den Herrn Pater Kempf, Poznań, ul. Fran-



# Das Buch Treue

Nibelungenroman von Werner Jansen.

(86. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Aber als die gelben Hunnenschädel aus der Dämmerung tauchen und sich spähend an die Pforte schieben, taumeln sie zurück vor der riesenhaften, regungslosen Gestalt Hagens, der einsam, eine ragende Säule, über ihren Toten steht. In dem Herzen dieses Mannes flammt ein Feuer, unbesieglicher als Höllenglut. Fliegende Funken haben das eiserstarrte Blut an Helm und Bart, an Panzer und Schild getaut; träg und zäh reißen sich die Tropfen los, quillen aus den Riemenlöchern, unter den Schienen, durch die Halsbergringe, sammeln sich in Bächen, fließen, fließen — der ganze Leib ist eine einzige Wunde. Die dunkle Röte strömt über ihn, wie ein Purpurmantel über den besten der Könige, der Wind stürmt flimmernde Eisdemanten an die Eisenbeschläge, das blitzt und strahlt in der Dunkelheit. Der anbrechende Tag, winterfahl und mühsam, zittert durch den Nebel, durch den Qualm; aber der karge Schein genügt, um Leben in die Starrheit dieses blutigen Grauens zu bringen. Der steinerne Riese an der Pforte rückt den Schild hoch, ein Leuchten fliegt über sein Gesicht; gelassen hebt er die Faust vom Schwertknauf und umspannt den langen Griff; da sprüht der Karfunkelstein des Nibelungenschwerts in gieriger Freude.

Von der kohlenden Mauer nickt das Bildnis Etzels fratzenhaft verzerrt, tückisch, frevelhaft aus verrauchten, erloschenen Farben; der eingelegte Goldreif ist von der Glut zerfressen und krallt mit dem gesprengten Ende in des Hunnen Aug, grell flecken die gelben Zähne aus dem Gemälde. Dieses Gleichnis eines Königs schürt den verhaltenen Zorn der Nacht zur Lohe. Unter vier Schilden vergraben liegt Rumold, der Küchenmeister; Etzels grinsender Mund hat ihn aufgerüttelt. Tosend springt er auf und schleudert im Halbschlaf den Streithammer an die freche Stirn; dumpf poltert die Wand zusammen, ein Aufschrei antwortet von draußen, und mit dröhnend tiefem Lachen dankt der Schwerbeleibte. Dann wandert sein guter, kindlicher Blick über das tote und atmende Grausen ringsumher — er hat keinen Feind unter all den lieben Gesellen, die mit ihm nach Hunnenland gefahren sind, er hat sie nur fröhlich gesehn bei seinen Speisen im festlich prunkenden Saal — mit seinem fröhlichen Herzen hat er sie immerdar gesehen. Über sein Gesicht verirrt sich ein Zittern, auf seinen Rundwangen, voller Blut, malen die Zähren heiße, wilde Streifen; kummervoll erspäht er sein Bild in einem blanken Schildbuckel. Seine einfache Welt ist ganz verworren, er ist nicht gewohnt, früh aufzustehn, nun ist er der Erste.

Da erschaut er Hagen; todesfahl leuchtet das Antlitz aus Helmgatter und Blut. Selbst das kindliche Herz des Küchenmeisters überläuft ein ahnungsvoller Schauer, so nahe scheint Hagen bei den Göttern zu stehn. Rumold hat den guten Heiland lieb, aber dies Auge hinter dem klaffenden Helm gehört Odhin, diese schlaf- und todüberwindende Gewalt kommt von Asgard her, und aus dem armen Hirn Rumolds ringt sich aus Entsetzen und Wollust ein Glanz: Götter kämpfen mit uns! Kampflust, ungefüg wie Wogengeschäum um Thule, schwellt seine Brust; er hebt das Urhorn — wie oft rief es zum Wein! — und brüllt seinen Wachtruf: rasselnd rauscht der eiserne Sturm hoch. Gunther wächst empor und wird wieder König. Sein Kleid ist blutig und zerfetzt, aber als er den Helm mit der Krone rückt und bindet und in das volle Licht tritt, erhebt ihm das rauhe Jauchzen seiner Mannen den Mut.

Der Tronjer bahnt sich einen Weg durch das Getrümmer und mustert die Überlebenden. Er zählt an sechshundert. Mit einem stockt sein Fuß, da er die Toten anschaut, und er erkennt Harro, Bauges Sohn. Der Junge lächelt in seinem Sterben, ein wilder Schwerthieb spaltete ihm Helm und Haupt. Der trotzige Ahnenhelm liegt zerklafft, und der Kanzler beugt sich betroffen über ihn. Zwischen Stahl und Futter, von Blut gedüngt und feucht, klebt eine Handvoll brauner Ackerkrume — Heimatscholle, Heimaterde.

Der Tronjer fährt sich mit der Faust über das Auge, der Rauch beizt ihn.

„Gunther,“ ruft er mit spröder Stimme, „lebt einer von Bauge noch? — Nein! — Sieh her!“ Sie drängen sich um ihn, der neben dem Toten ragt, und er hebt den Helm hoch empor und läßt die Erde, allen sichtbar, durch seine Knochenhand in die Blutlachen rinnen.

„Burgunderland!“ spricht er laut, „Freunde, vergeßt die Heimat nicht!“ Sie stehen stumm und ergriffen, von der Nacht erschöpft, aber des Tronjers Herzschlag geht wie eine Welle über sie, und ihre Augen gewinnen wieder Glanz.

Auf dem Hof klirrt es von Eisen, mehr als je drängen sich die Hunnenscharen um Chriemhild, die überwacht und Schatten unter den Augen auf ihrem Sessel sitzend die Zerstörung beobachtet. So saß sie die lange Nacht, blutleer und grausig, von einer schrecklichen Macht emporgehalten. Neben ihr, in einer riesigen Marmorschale, harren unermeßliche Schätze derer, die den Mut haben, die Nibelungen zu bestehn; das sind nicht viele mehr.

Sie hat Dietrich und Rüdeger zu sich entboten und wartet. Ihre Seele verwirrt nichts mehr, sie geht mit zusammengebissenen Zähnen, das Ziel unentwegt im Auge, als sei ihr das Herz schon bis auf dies erstorben.

Da kommt Rüdeger ohne den Berner, seine Lider sind rot vom Weinen, und als er die schändliche Verwüstung bemerkt und sieht, wie die Burgunden schon in solcher Frühe an den Streit müssen, fließen ihm die Tränen wieder. Er grüßt tief und entschuldigt Dietrich mit dessen eigenen Worten: er sei hier selber Gast, und kein König der Welt habe ihm zu befehlen. Verächtlich lacht die Königin.

(Fortsetzung folgt.)

ciszkańska Nr. 2, zu richten, der auch gern bereit ist, die Eltern persönlich zu beraten.

Die deutschen Zeitungen haben in den letzten Tagen Briefe der in den Heimen schon untergebrachten Optantenkinder veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß die Unterbringung eine vorzügliche ist.

Die Zentralstelle für die Unterbringung der Optantenkinder in Deutschland hat, durch die Veröffentlichung dieser Briefe angeregt, dem Generalkonsulat viele solcher Briefe zur Verfügung gestellt, aus denen allen hervorgeht, daß die Kinder durchweg vorzüglich untergebracht sind.

Wer seine Kinder noch nicht angemeldet hat, wird gebeten, **das möglichst bald zu tun, da die Kinder gemeinsam abreisen sollen und deshalb eine rechtzeitige Anmeldung erforderlich ist.**

## Die Vermögenssteuer.

Die Vermögenssteuerbescheide sind den Steuerpflichtigen zugestellt worden, und die Höhe der endgültig veranlagten Steuer hat bei allen Bestürzung hervorgerufen. Denn die anfänglich schon viel zu hohe Steuer ist durch die Erhöhungen für die meisten unerschwinglich geworden und die wenigsten wissen, wie sie auch nur die verlangten 50 Prozent aufbringen sollen, da dies nur möglich wäre durch Aufnahme eines langfristigen Kredites, der heute nicht beschafft werden kann. Namentlich die Landwirtschaft ist unter den heutigen Verhältnissen nicht in der Lage, ohne Opferung ihrer Betriebsmittel und in vielen Fällen auch mit diesen nicht, die Steuer zu zahlen. Glücklicherweise scheint es, als solle die Steuer in der bisher vorgesehenen Weise nicht in voller Höhe erhoben werden. Der Herr Ministerpräsident hat sowohl vor dem Sejm wie vor dem Wirtschaftsrate bereits nähere Erklärungen über die Steuer abgegeben. Danach ist die Regierung bereit, zunächst nur die 50 Prozent der Steuer, die nach den Zahlungsbefehlen innerhalb von 30 Tagen gezahlt werden sollten, einzuziehen, und zwar nicht auf einmal, sondern in Raten innerhalb der nächsten sechs Monate. Auch in der Presse ist dies bereits mitgeteilt worden, ohne daß die ganzen Zahlungsfristen feststehen. Dann hat er aber weiter erklärt, daß man erkannt habe, daß die Steuer stark reformbedürftig sei. Die Steuer sei, so lauten seine Ausführungen vor dem Wirtschaftsrat, durch die Regierung in Höhe von 800 Millionen verlangt, vom Sejm dagegen auf eine Milliarde erhöht worden, weil man glaubte, man würde drei Jahre lang je 300 Millionen Zuschuß zum Budget haben müssen. Zum Glück habe sich eine solche Notwendigkeit nicht gezeigt, und man werde in diesem Jahre mit 120 Millionen, die man einziehen könne, auskommen. Man würde daher die Steuer, wie es schon beantragt worden sei, auf 7 bis 8 Jahre verteilen können. Dieser Weg könne aber nicht beschritten werden, da die Steuer als Personalvermögenssteuer konstruiert sei. Das im Jahre 1923 deklarierte Vermögen könne nicht 8 Jahre hindurch unverändert als Steuergrundlage dienen, denn es verändere sich. Andererseits werde derjenige, der in der Zukunft Vermögen erwerbe, von der Steuer nicht erfaßt. Das würde also zu den größten Ungerechtigkeiten führen. Man werde also die Hälfte der Steuer erheben, ohne die Frage zu erheben, ob die Landwirtschaft oder die Industrie im Verhältnis zu hoch oder zu niedrig belastet sei. An Stelle der zweiten Hälfte der Steuer habe die Regierung die Absicht, eine neue Vermögenssteuer einzuführen. Diese werde auf andere Erklärungen als auf die vom Jahre 1923 gestützt werden. Die Steuer sei auch nicht als eine einmalige, sondern als dauernde Vermögenssteuer gedacht. Sie müsse deshalb leichter sein und dürfe auch nicht die Vermögenssubstanz angreifen. Man habe für eine solche Steuer ein Muster in der Vermögenssteuer Deutschlands, die dort keine Vorwürfe, daß sie die Substanz vermindere, hervorrufe und die als völlig normal hingenommen werde. Das Maximum der jährlichen Steuer dürfe auch nicht 7 vom Tausend übersteigen.

Man kann diese Absicht des Ministeriums, die Steuer zu reformieren, nur begrüßen. Die gegenwärtige Steuer ist wirklich nicht zeitgemäß. Sie entstand in einer Zeit, als man den Wert des Geldes und die Bedeutung von Zahlen vergessen hatte, als man die Steuermöglichkeit nach der Scheinblüte von Handel und Gewerbe beurteilte. Nur daraus läßt sich die ganz unmögliche Art der Feststellung der Vermögen durch einfaches Multiplizieren des Ankaufswertes mit einer angenommenen Zahl, ohne daß man Rücksicht auf den heute allein maßgebenden Ertragswert der Vermögensgegenstände nahm, und die Höhe der Steuer erklären. Auch die Anzahlungen führten zu Ungerechtigkeiten, kam es doch vor, daß Firmen mehr als das Doppelte der jetzt festgestellten endgültigen Steuer bezahlt haben, ohne den zuviel gezahlten Betrag zurückerhalten zu können. Wir können daher hoffen, daß die Absichten der Regierung bald Wirklichkeit werden.

Wir brauchen eine baldige Änderung dringend. Denn namentlich unsere Landwirtschaft muß wissen, ob sie im nächsten Jahre noch imstande sein wird, künstlichen Dünger anzuwenden und die intensive Wirtschaft aufrechtzuerhalten, oder ob sie ihr ganzes Betriebskapital verlieren wird. Auch darin ist die Rede des Ministers erfreulich, daß er offen auf das Muster Deutschlands hinweist.

Es gehört heute noch Mut dazu, den Namen Deutschlands als Muster zu nennen, und es ist ein gutes Zeichen, wenn das geschehen kann, ohne daß die nationalistische Presse darin eine Entgleisung erblickt. Wir können nur wünschen, daß man diesen freundlichen Ton mehr als bisher findet.

## 1793 — 1925.

### Der Ruf an den Sejm.

Der „Postęp“ bringt einen Artikel zur Eröffnung der Herbstsession des Sejm, der mit einem geschichtlichen Rückblick beginnt und das Jahr 1925 mit dem Jahre 1793 vergleicht. Das Blatt schreibt: „Denkwürdig ist in der Geschichte unseres Volkes die Herbstsession des **Grodnoer Sejm vom 23. September 1793** . . . Die Geschichte hat sie die „stumme“ genannt, denn die auf ihr versammelten Auserwählten des Volkes hatten nicht den Mut, zum Schutz der polnischen Angelegenheiten den Mund aufzutun. Sievers und Rautenfeld garantierten damals im Namen Rußlands Polen die Unversehrtheit der Westgrenzen, und zwar so, daß die Preußen gegen vorherige Zustimmung der Zarenregierung die Wojewodschaften Gnesen, Posen, Kalisch usw. in Besitz nahmen, ohne mit Polen auch nur einen Handelsvertrag abzuschließen, wie es damals geplant war. **Das liegt alles hinter uns, und heute? Ist nicht eine Ähnlichkeit vorhanden zwischen den Jahren 1793 und 1925?** In Locarno streben die Deutschen nach der „Revision“ unserer Westgrenzen, während Herr Tschitscherin uns ihre Unantastbarkeit „verbürgt“. Wir wollen Herrn Tschitscherin nicht mit Sievers vergleichen, aber dem Sejm rufen wir „Achtung!“ zu, da unsere Lage nicht minder gefährlich ist als im Jahre 1793. Die Diplomaten der Großmächte werfen schon Geschosse in die Festung des Versailler Vertrages, und der Verteidiger auf den Mauern dieser Festung sind schon wenige. Im Innern des Landes wurzelt sich eine gewisse Auflösung fest, die durch die schwierige Wirtschaftslage verursacht ist. **Leisen Schrittes naht der Winter, und mit ihm Hunger und Kälte für die Tausende der Arbeitslosen.** Viele Arbeitsstätten sind ruiniert, und der Kredit, die wesentlichste Grundlage der neuzeitlichen Wirtschaft, ist untergraben, **unser Sejm aber schweigt,** obwohl ihm gar nicht die Soldaten des Generals Rautenfeld drohen. Wenn wir ihn aber fragen, wer die Schuld trägt an der Lage des Landes, dann wird er uns antworten: **Natürlich Herr Grabski. Haben wir doch für ihn Vollmachten beschlossen und ihm die Zügel in die Hand gegeben. Wie ist er denn mit uns gefahren?**

Nein, meine Herren Souveräne, wenn auch Herr Grabski viele Fehler gemacht hat, zu denen er sich übrigens entwaffnend bekennt, so ist er doch nicht allein der Schuldige, **sondern Ihr alle, die Ihr trotz Eurer Redseligkeit und angeborenen Zanklust längere Zeit an Stummheit kranktet.** Es ist leicht, die Regierung zu kritisieren, wenn sie vom ganzen Lande kritisiert wird, aber der Abgeordnete ist dazu da, daß er stets der Regierung auf die Hände sieht und sie eher kritisiert, als die von der Sorge um das tägliche Brot ergriffenen Wähler. Die Abgeordnetendiäten sind keine Mitgift für die Abgeordnetentöchter. Das ist ein Stück Brot, das dem Volke vom Munde genommen und den Abgeordneten gegeben wird, damit die Vertreter des Volkes ihre Pflicht gut erfüllen können. **Das Budget ruiniert uns, aber wieviel Händel hat Herr Grabski mit den einzelnen Parteien geführt, um diese oder jene Position zu streichen!** Nicht in der Krisenatmosphäre, sondern im Gefühl der eigenen Schuld sollte der Sejm seine Beratungen beginnen. **Um Abgeordneter zu sein, genügt es bei den heutigen** komplizierten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen nicht, daß man Diäten zu empfangen und Berichtsversammlungen zu „veranstalten“ versteht, wenn auch von Zeit zu Zeit, — **um sich dem Gedächtnis der Wähler gnädigst zu empfehlen.** Es bedarf der Arbeit und der Lehre, und es bedarf der Orientierung in den Verhältnissen, damit nicht erst nachher, sondern vorher der Regierung gesagt wird, daß dies deshalb oder aus einem anderen Grunde nicht getan werden darf. Die Schuld auf „Grabski“ wälzen und eine Krise verursachen, die für uns tödlich ist, das ist kein Kunststück.

Die Kunst wird darin bestehen, daß der fünfjährige Sejm seinen Mund auftut und den neuen Wirtschaftsplan des Herrn Grabski einer positiven Kritik unterzieht.“

Und inzwischen hat sich der Sejm bis zum 20. Oktober wieder zurückgezogen!!

## Republik Polen.

### Russischer Nationalrat in Polen.

Wie die „Agencja Wschodnia“ aus Warschau meldet, sollen russische Parteiführer mit Serebrianikow an der Spitze die Bildung eines sogenannten russischen Nationalrates in Polen in Angriff genommen haben. Zur Organisation sollen Vertreter der östlichen Wojewodschaften gehören.

### Gdingen.

**Der Hafenarbeiterstreik in Gdingen ist endgültig beigelegt worden. Die Arbeiter sind nach der „Agencja Wschodnia“ unter denselben Bedingungen zur Arbeit zurückgekehrt.**

### Schulreform.

Der **Kultusminister Grabski** hat eine Kommission, die sich aus Beamten des Kultusministeriums zusammensetzt, für Studien über die Schulreform ins Leben gerufen. Die Kommission besteht aus 10 Personen und wird sich mit der Prüfung des Gesetzentwurfs befassen, der das Schulwesen und das Lehrprogramm umgestaltet.

## In kurzen Worten.

Zum Besuch von Kriegsschulen begeben sich 12 litauische Offiziere ins Ausland und zwar nach Belgien, Tschechoslowakei und Frankreich.

*

Ein Aufruf der zionistischen Exekutive verlangt in diesem Jahre die Aufbringung von einer Million Pfund für den Palästinafonds.

*

Am 15. Oktober wird Reichspräsident von Hindenburg die Stadt Dresden besuchen.

*

Der französische Innenminister Schramek wurde von einer Autodroschke überfahren und schwer verletzt.

*

Mehrere Maschinenfabriken in Chemnitz sind zur Kurzarbeit übergegangen. Sie arbeiten teilweise noch vier Tage in der Woche.

*

Aus Aakland wird gemeldet, daß in einem Pulvermagazin eine Explosion stattfand, bei der ein Arbeiter getötet und einige schwer verletzt wurden.

*

Wie aus Magdeburg bekannt wird, ist der dortige Straßenbahnerstreik beigelegt worden. Die Lohnforderungen sind, wenn auch nicht vollkommen, so doch teilweise bewilligt.

## Aus dem Gerichtssaal.

s. **Posen, 7. Oktober.** Wegen unberechtigter Ausfuhr von Gerste waren im März d. Js. von der Strafkammer die Kaufleute Itzig Kuntmann und Paul Holz in Bentschen zu je einem Jahr Zuchthaus usw. verurteilt worden. Das höchste Gericht hatte das Urteil verworfen. Das neue Urteil lautete auf je 8 Monate Gefängnis, 300 zł Geldstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf je zwei Jahre. — Im Juli d. Js. früh mißhandelten drei junge Burschen auf dem evangelischen Friedhof am Güterbahnhof ein Mädchen. Ein Herr aus Wollstein hörte das Gewimmer des Mädchens, ging ihm nach und entdeckte die Gesellschaft. **Er forderte die Burschen auf, von ihrem Treiben abzulassen. Als Antwort erhielt er von einem Burschen einen Faustschlag ins Gesicht; dann fielen alle drei über ihn her, schlugen** ihn blutig und raubten ihm Geld und Uhr mit Kette. Die Räuber flohen, nur einer wurde in der Person des Arbeiters Zygfryd Połczyński aus Posen gefaßt. Die 4. Strafkammer verurteilte ihn zu 6 Monaten Gefängnis.



## Brandung.

Die Leser unserer Zeitung kennen den Namen Gustav W. Eberlein. Sie kennen ihn aus den Berichten und Artikeln, die uns aus Rom zugesandt werden, und die in scharfen Lichtern das Leben Italiens vor uns erstehen lassen.

Das Leben Italiens in der realen und politischen Wirkung. Doch darüber leuchtet immer der blaue Himmel dieses Landes, ranken sich Blumen in wilder, heiliger Farbenpracht. Himmel, Blumen, Sonne — das sind die Kräfte, die aus allen Artikeln Eberleins strahlen, auch dann, wenn die nüchternsten Probleme aufgerollt werden. Darum sind seine Artikel so anziehend, darum wird das Geschehen vor unseren Augen lebendig. Nur ein Dichterauge kann so sehen —, ein Dichterherz kann so schreiben. Und daß Eberlein nicht nur Journalist ist, das hat er uns bewiesen.

Da liegt vor mir ein neues Buch dieses Mannes, in ein tiefes Blau gebunden. Wie die klaren und leuchtenden Wogen des Meeres bei Neapel mutet der Einband an. Die Phantasie wird rege, und leise hören wir es murmeln, leise rauschen die Wellen zu uns her, plätschernd klatschen sie in Steine und Felsblöcke. Das ist die Stimmung, in die uns der Bucheinband versetzt. „Brandung“ heißt dieses Buch — und in der Tat brandet das Leben in seiner Schönheit und in seiner Traurigkeit in ihm. Jubelnd klingen hier in diesem Werk die Lieder, und leise klagend stirbt manches Lied dahin. Aus allen diesen bunten Lebensblumen strahlt sieghaft der Glaube an die Liebe und die Hoffnung auf. Es strahlt uns das Vertrauen zum Leben entgegen.

Es brechen die Lieder im Herzen
Unter dem Rauhreif der Pflicht,
Unter den täglich schaufelnden Schatten
Verkümmert ihr Glaube ans Licht.

Und legst Du nicht bald Deine weißen
Weckenden Hände daran,
Dann hebt ein unermeßlich Sterben
Mitten im Lenzen an.

Immer diese Grundmelodie der lebenden Ewigkeit, denn die Vergangenheit ist ein Gespenst, die Zukunft ist eine Hoffnung und die Gegenwart ist ein Punkt. Immer geht von der in Trümmer gesunkenen Vergangenheit eine Hoffnung, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft aus. Vergessenheit der Vergangenheit — das klingt wie eine Sehnsucht, und die Gegenwart blüht zu reiner Schönheit empor.

Geifernd zogen die schlingenden Stunden
Meine Seele in faulenden Grund.
Rein spricht sie aus tausend Sünden
Ein blühender Mädchenmund.

Diese unsere Tage, sie sind Hindernisse, die überwunden werden müssen. Den Weg sucht Eberlein durch Gesang. Man muß diese Lieder, die er wie einen Feldblumenstrauß aneinanderreiht, sich laut vorgesprochen haben, vielleicht mit einer summenden Melodie dazu, um die Schönheit und die Lebensfülle, die aus ihnen strömt, zu begreifen. Besonders ergreifend klingen die Lieder, die Italien besingen. Hier sollen zwei Proben hingestellt werden, die uns in jene Stimmung versetzen, die auch aus den Artikeln Eberleins strömt. Es sind die Gedichte „Römische Campagna“:

**Vor den Toren.**

Die toten Aquäduktebogen schreiten
Zeitlos durch irdische Melancholie.
Sie steigen über Schafe, Droschken, Menschen
Und rote Bücher weg mit leichtem Knie.

Sehen Jahrhundert sich an Hundert knoten
Und wandern durch das weite Gräberfeld
Ins Wesenlose. Bis auch das zerfällt.
Die Aquädukte schreiten wie die Toten.

**Steppe.**

Das graugrünbraune Meer der Steppe schweigt.
Es deckt zuviel an Hingestorbenheit.
Einsam in uferloser Öde steht
Drohstarr ein Turm, den krummgekrallt die Zeit.

Tot, tot ist dieses Meer wie das Geschlecht,
Das ihm die stolze hohe Welle gab.
Schwarz in den Abendbrand des Himmels reckt
Sich eine Faust aus dem Campagnagrab.

Und aus einem kurzen, hart im Rhythmus geformten spruchartigen Gedicht, klingt uns der Geist unserer Zeit entgegen. „Horch, horch, wer bläst bei Blitz und Sturm die Flöte,“ dieses genialische Bild aus der „Medusa“ von Hans Kyser, es blitzt eine Weile vor der Seele auf, wenn wir lesen:

**Gewalt.**

Des Ginsters gelbe Flammenzungen lecken
Am Bahndamm hoch bis zu den Eisenschienen . . .
— Donnernd rasen vorüber die herrischen Räder —
Im Luftzug wedeln sie mit Duldermienen.

Es wäre eine längere Abhandlung nötig, um auf die vielen Eigenheiten dieses, in unseren Tagen seltenen Buches hinzuweisen. Der Versuch hierzu sollte in dieser Betrachtung gar nicht gemacht werden. Ich wollte nur die Freunde des Journalisten Eberlein auf den Dichter Eberlein aufmerksam machen. Und wenn das gelungen ist, wenn diese Zeilen dazu beitragen, einen oder den anderen zu veranlassen, das Buch „Brandung“ in die Hand zu nehmen — so ist damit eine Pflicht erfüllt. Gerade Eberlein hat es verdient, daß der Mensch des Lebens und des Vertrauens an seiner Hand zu neuen Tagen schreitet. rst.

*

Das in der Aufmachung (Einband und Druck) prächtige Buch ist im „Bergstadt-Verlag“, Breslau, erschienen.

## Tschechisches Deutsch!

**Da die deutsche Sprache in der Tschechoslowakei sich nicht so rasch und leicht, wie man sichs in Prag dachte, ausrotten läßt, haben die tschechischen Schulbehörden beschlossen, vorerst wenigstens die tschechische Rechtschreibung für die deutsche Sprache in den Schulen einzuführen, und zwar zum 1. April.** Einige ergötzliche Proben dieses neuen Deutsch teilt die Stuttgarter Zeitschrift „Der Türmer“ mit, z. B. die folgenden:

**Muzi ten, muzi ten, cum stetele naus**
unt du, mayn sac, blaywst hir,
ven y kom, ven y kom, ven y viderum kom,
kery ayn, mayn sac, bay dir. Folkslit.

Ybr alen Vipfeln ist ru,
in alen cvaygen spyrest du
kaynen houch.
Di féglayn slaven im valde.
Varte nur, varte nur, balde,
balde sléfst du ouch. (Gete.)

Das ist zwar eine fürchterliche Verschandelung der deutschen Sprache, aber zugleich beweist die von der Prager Schulverwaltung erfundene „Rechtschreibung“ auch sehr drastisch, daß man selbst in Tschechien ohne deutschen Unterricht und deutsches Kulturgut nicht auszukommen vermag.

*

### Ein unbestellter Brief.

Der mit der Austeilung der Postsendungen betraute Unteroffizier einer Kompagnie führt in der französischen Sprache den Titel „vaguemestre“. Im Austausch gegen so manche militärische Bezeichnung, die der Deutsche dem Französischen entlehnt, hat in diesem Falle der Franzose eine Anleihe bei der deutschen Sprache gemacht: denn dieser vaguemestre ist nichts anderes als der deutsche „Wagenmeister“, so genannt, weil er ursprünglich die Aufsicht über die Fuhrwerke der Truppe hatte. Von dem vaguemestre einer Kompagnie der Fremdenlegion, die in Marokko im Kampf gegen die Rifkabylen steht, erzählt der „Figaro“ folgende Geschichte: Er findet eines Tages bei den für die Kampagne bestimmten Postsachen einen Brief, der à S. Exc. Abd el Krim, régent du Maroc. Africa adressiert ist. Wie der Brief, der aus Deutschland abgeschickt war, ausgerechnet in den Postsack seiner Kompagnie den Weg gefunden hatte, war dem braven vaguemestre schleierhaft. Vermutlich hatte irgend ein Witzbold bei einer Verteilung den Brief aufs Geratewohl unter die Sendungen für diese Fremdenlegions-Kompagnie gemischt, etwa so wie man beim „Schwarzen Peter“ an einen Nachbar die ominöse Karte loszubringen trachtet. Unser vaguemestre aber ist lange genug beim Kommiß, um sich nicht in Verlegenheit bringen zu lassen. Also gibt er einfach den für den Rebellenführer Abd el Krim bestimmten Brief an die Post zurück, nachdem er auf dem Umschlag den Vermerk angebracht hatte: „Bei der Kampagnie unbekannt!“

# Aus Stadt und Land.

Posen, den 9. Oktober.

## Bauernregeln für Oktober.

Auf Sankt-Gallen-Tag muß jeder Apfel in den Sack. — Wenn's im Oktober friert und schneit, so bringt der Januar milde Zeit. — Halten die Krähen Konvivium, so sieh nach Feuerholz dich um. — Trägts Häschen lang sein Sommerkleid, so ist der Winter auch noch weit. — Oktober-Gewitter sagen beständig, der künftige Winter sei wetterwendig. — Wenn Simon und Judas mit Sturm einherwandeln, so wollen sie mit dem Winter verhandeln. — Oktoberdonner ist fürwahr noch besser als im Februar. — Fällt der erste Schnee in den Schmutz, vor strengerem Wetter kündet er Schutz. — Hat der Oktober viel Regen gebracht, so hat er auch gut die Äcker bedacht. — Nichts kann mehr vor Raupen schützen, als wenn der Oktober erscheint mit Pfützen. — Mengt der Oktober sich in den Winter, so ist dann dieser um so gelinder. — Je fetter die Vögel und Dachse sind, desto kälter erscheint das Christuskind. — Auf den Tag St. Gallus die Weidekuh in den Stall und der Apfel in den Korb muß. — Wenn Simon und Judas vorbei, rückt der Winter herbei. — Ist im Oktober recht rauh der Hase, frierst du bald an der Nase. — Wenn im Moor viel Irrlichter steh'n, bleibt das Wetter lange schön. — Ist im Oktober das Wetter hell, bringt es her den Winter schnell. — Oktober und März gleichen sich allerwärts. — Nordlichtschein bringt Kälte ein. — Sitzt das Laub auf den Bäumen fest, dies strengen Winter erwarten läßt. — Wandert die Feldmaus nach dem Haus, bleibt der Frost nicht lange aus. — Von Lucä bis St. Simonstage zerstört der Raupennester Plage. — Wie im Oktober die Regen hausen, werden im Dezember die Stürme brausen. — Oktober rauh, Januar flau. — Oktoberhimmel voller Sterne, hat warme Öfen gerne. — Kraniche, die niedrig zieh'n, deuten auf warmes Wetter hin. — Kriechen die Eichhörnchen bald zu Nest, wird der Winter hart und fest. — Fällt das Laub vor Loedegar, so ist das nächste ein fruchtbar Jahr. — St. Gallen läßt den Schnee fallen. — Ist St. Gallus naß, ist's für den Winter kein Spaß. — Wolfgang Regen verspricht ein Jahr voll Segen.

## Neue Liquidierungen.

Zur Liquidierung bestimmt sind laut „Monitor Polski" Nr. 228 folgende Liegenschaften: die Rentenansiedlungen Śmiłowo Nr. 1/34, Kreis Kolmar, Bes. Hermann Völz; Królewska Dąbrowka, Kreis Graudenz, Bes. Emil Fiebrandt und Sobiesiernia Nr. 2—6, Kreis Witkowo, Bes. Gottfried Hallermöller; ferner zwei Grundstücke in Soldau, Bes. Otto Chucholowius; Molkereigrundstück in Bekerzyce, Kreis Schwetz, Besitzer Gustav Hegner; Ziegeleigrundstück in Culm, Bes. Fritz Kiepert; Grundstück in Birnbaum, Bes. Julius Kroschke; Fabrikgrundstück in Schulitz, Kreis Bromberg, Bes. Schulitzer Dampfschälanstalt Carl Bock u. Co.; Fabrikgrundstück in Bromberg, Hippelstr. 15/16, Bes. Heinrich Radloff; Grundstück in Schulitz, Bes. Robert Woll.

## Zur Frage der Hypothekenaufwertung in Polen.

Auf Veranlassung des Bromberger Vereins der Hypothekengläubiger, Besitzer von Staatspapieren usw., fand am Mittwoch im Saale des dortigen Schützenhauses eine Versammlung statt, in der der Warschauer Rechtsanwalt Jeleński das Hauptreferat erstattete.

Der Redner ging zunächst auf die Entstehungsgeschichte der Aufwertungsverordnung vom 14. 5. 24 ein, die sich bekanntlich auf das Ermächtigungsgesetz vom 11. 1. 24 über die Sanierung der Staatsfinanzen und die Valutareform stützt. Der Vortragende steht auf dem Standpunkt — und im Laufe seines Vortrages erwähnte er, daß dies die Auffassung der Juristen in allen polnischen Teilgebieten ist —, daß die Verordnung mit der Verfassung nicht im Einklang stehe. Es gebe selbstverständlich Fälle, wo das öffentliche Wohl exzeptionelle Maßnahmen, und zwar auch Enteignung zugunsten des Staatsganzen erforderlich mache, aber die Enteignung eines Teils der Bevölkerung zugunsten eines anderen Teils habe mit dem öffentlichen Wohl und mit der Sanierung des Staatsschatzes nichts zu tun. Des weiteren bemängelte Redner die unterschiedliche Behandlung der einzelnen Landesteile bei der Aufwertung; während in Kongreßpolen die Hypotheken auf 50 Prozent aufgewertet worden seien, wären in dem ehemals preußischen Teilgebiet den Gläubigern 85 Prozent des Vermögens enteignet. U. a. exemplifizierte Redner auf die letzte Regelung dieser Materie in Deutschland, wo die Aufwertung durchweg 25 Prozent betrage, und wo auch angenommene Zahlungen, die bis zum Jahre 1922 zurückreichen, noch nachträglich in der Aufwertung aufgebessert werden können. Auch dem Verfasser der Aufwertungsverordnung, dem Krakauer Professor Zoll, versetzte Redner einen Seitenhieb mit der gelegentlichen Bemerkung, „daß ein Paragraph der Verordnung mit dem anderen im Widerspruch stehe". Ueber die Notwendigkeit einer Aenderung der Verordnung sei man sich zwar in weiten Kreisen der Bevölkerung klar, aber wie solle das geschehen? Die maßgebenden Kreise in der Regierung verweisen, wenn man sie dieserhalb befrage, auf den Sejm. Aber von dem Sejm in seiner jetzigen Zusammensetzung sei nichts zu erwarten, und sein Mandat laufe noch bis Dezember 1928. Ob er vorher aufgelöst werde, sei sehr fraglich. Die Verordnung im Prozeßwege anzufechten sei auch nicht angängig, weil dieses Verfahren zu langsam sei. Es bleibe nur übrig, die Volksmassen aufzuklären und sie so zu organisieren, daß sie bei den nächsten Sejmwahlen nur Abgeordnete wählen, die für eine Aenderung des Gesetzes eintreten.

## Zur Aufwertung deutscher Lebensversicherungspolicen

schreiben reichsdeutsche Blätter: In großer Anzahl gehen jetzt bei den Direktionen der Lebensversicherungs-Gesellschaften Anfragen ein bezüglich der Aufwertung der Ansprüche aus Lebensversicherungsverträgen — wozu auch die Renten-, Pensions- usw. Versicherungen gehören. Alle vor dem 14. Februar 1924 abgeschlossenen Versicherungen dieser Art sind durch das Aufwertungsgesetz vom 15. Juli d. Js. geregelt. Danach wird aus dem aufgewerteten Vermögen der betreffenden Gesellschaft ein Aufwertungsstock gebildet, dessen Verwaltung dem vom Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung bestellten Treuhänder übergeben ist. Der Treuhänder hat nach den vom Reichsaufsichtsamt erlassenen Durchführungsbestimmungen einen Plan zur Verteilung des Aufwertungsstockes auf die einzelnen Versicherungen aufzustellen. Dieser Verteilungsplan wird mit behördlicher Genehmigung verbindlich. Erst nachdem diese Genehmigung erteilt ist, sind die Gesellschaften in der Lage, die Höhe der Aufwertung festzustellen bzw. die Bedingungen für die eventuelle Fortsetzung der Versicherungen bekannt zu geben. Bis dahin muß jeder Interessent die im Verlaufe des Aufwertungsverfahrens ergehenden Mitteilungen und Veröffentlichungen zunächst abwarten.

## Eine Antwort des Deutschen Optanten-Bundes.

Unter höchst überflüssiger, obendrein falscher Berufung auf § 2 (!) des Pressegesetzes werden wir um die Aufnahme folgender Entgegnung auf den Artikel „Eine Warnung an deutsche Optanten" in Nr. 223/25 (tatsächlich war der Artikel in Nr. 222 erschienen!) ersucht:

Der Deutsche Optanten-Bund Schneidemühl ist seinerzeit von den hier anwesenden Optanten gegründet worden. Es ist unwahr, daß die Leitung dieses Bundes aus Nichtoptanten besteht. Dem Vorstande gehören an: Als Vorsitzender Herr Schwarz (Optant), als Vorstandsmitglieder Herr Sonntag (Optant), Herr Trümpelmann (Optant), Herr Forsch (Optant), Herr Bergander (Optant), Herr Heidbreder (Optant), Herr Dietrichkeit (Optant). Alle diese Herren sind im August d. Js. aus Polen ausgewandert und wohnen im Lager Schneidemühl bzw. in Schneidemühl selbst.

Den Optanten sind nicht Siedlungshäuser gegen Zahlung eines Eintrittsgeldes versprochen worden, der Bund hat vielmehr die Siedlungsinteressenten an die einzelnen Siedlungs-Genossenschaften überwiesen. Dem Optanten-Bunde gehören zurzeit ca. 500 Familienvorständ. als Mitglieder an. Von diesen 500 Mitgliedern haben 19 Mitglieder ca. 370,20 M. gezahlt. Diese 370,20 M. sind nachweislich der hiesigen Bundesakten an die zuständigen Siedlungsgenossenschaften überwiesen worden.

Die beim hiesigen Bund eingegangenen Liebesgaben sind gegen Quittung im Optantenlager zur Verteilung gelangt. Die Genehmigung zur Sammlung weiterer Liebesgaben ist bei der Regierung beantragt worden.

Wir bitten den Artikelschreiber um Beantwortung folgender Fragen: 1. Wie stark ist die Gemeinschaft deutscher Optanten, Sitz Frankfurt a. Oder, daß sie sich berechtigt fühlt, die Optanten zu vertreten und vor Organisationen zu warnen, deren Stärke und sittlichen Rückhalt sie gar nicht kennt? 2. Von wem wird die Gemeinschaft deutscher Optanten geführt? 3. Wodurch bietet die Gemeinschaft deutscher Optanten, Sitz Frankfurt a. Oder, die Garantie für ehrlichere und reellere Wahrnehmung der Interessen der deutschen Optanten?

---

⚔ **Sein 50jähriges Meisterjubiläum** konnte, wie wir nachträglich erfahren, am 1. d. Mts. der 78jährige Malermeister Albert Palm, ul. Franciszka Ratajczaka 32 (fr. Ritterstraße) begehen. Palm, dessen Vater Küster an der Petrikirche war, war ein Spielgefährte Hindenburgs. Beider Namen sind, wie Palm erzählt, in die Orgel der Petrikirche und im dortigen Glockenturm eingekratzt.

s. **In den Ruhestand getreten** ist der Rektor der II. Stadtschule Konstanty Burzyński. Sein Nachfolger wurde Rektor Iliert von der Stadtschule in Jersitz.

# **Das staatliche Arbeitsvermittlungsamt in Posen** bittet uns mitzuteilen, daß sich die Amtszimmer des staatlichen Arbeitsvermittlungsamtes und der Bezirksarbeitslosenfondsverwaltung vom 10. d. Mts. auf dem Plac Drwęskiego (Messehalle) befinden werden. Der Fernsprechanschluß des Amtes ist 1427, der der Bezirksarbeitslosenfondsverwaltung 3814.

s. **Das Handelslyzeum,** das von der Handelskammer ins Leben gerufen wurde, ist am Mittwoch nachmittag eingeweiht worden. Es befindet sich in der früheren Handelsschule an der Breslauer Straße 17.

s. **Von der Cegielskischen Fabrik.** Der Direktor Suchowiak der Cegielskischen Fabrik hat einem Ausfrager des „Kurjer" erklärt, daß er bemüht sei, bei der Regierung ein Darlehn von 1½ Millionen zł gegen Lombardierung landwirtschaftlicher Maschinen und Dreschgarnituren zu erwirken. Die Aussichten auf Realisierung des Geschäfts sollen gut sein.

s. **Etwa 50 arbeitslose Maurer und Zimmerer** begaben sich, wie die „Prawda" meldet, zum Stadtpräsidenten Ratajski, um ihm ihre trostlose Lage zu schildern. Dieser versprach, die Sache zu prüfen und weitestgehende Maßnahmen zur Erleichterung ihrer Lage zu treffen.

⚔ **Der Kant-Verein zur Förderung der akademischen Berufsausbildung** veranstaltet am 19. d. Mts. seine Herbstmitgliederversammlung im „Deutschen Hause" zu Bromberg, Danziger Straße 134. Um 8½ Uhr nachmittags findet die Mitgliederversammlung statt, 7½ Uhr abends Vortrag des Herrn Generalsuperintendenten D. Kalweit aus Danzig mit dem Thema „Mystik"; im Anschluß daran, etwa 9½ Uhr abends, ein Liederabend der Posener deutschen Studenten und Studentinnen.

⚔ **Posener Wochenmarktspreise.** Auf dem heutigen Freitags-Wochenmarkte war lebhafter Verkehr. Gezahlt wurden für das Pfund Landbutter 2.30—2.50 zł, für Tafelbutter 2.60—2.80 zł, für das Liter Milch 30 gr für die Mandel Eier 2.50—2.60 zł, für das Pfund Quark 50-60 gr, für das Pfund Kartoffeln 4 gr, Preißelbeeren 80—90 gr, Birnen 15—30 gr, Aepfel 15—30 gr, Pfifferlinge 40 gr, Steinpilze 0.70—1.00 zł Grünlinge 40 gr, Tomaten 25 gr, Pflaumen 15—30 gr, Weintrauben das Pfund 50—60 gr grüne Bohnen 50 gr, für den Kopf Weißkohl 20 gr, Spinat 20—25 gr das Pfund Grünkohl 15 gr, Mohrrüben das Bund 15 gr, rote Rüben 15 gr, Kürbis das Pfund 10 gr, eine saure Gurke 10—15 gr, Walnüsse 50—80 gr, Zwiebeln das Pfund 20—25 gr, eine Zitrone 15—20 gr, das Pfund weiße Bohnen 40 gr, Erbsen 30 gr, das Bund Sellerie 15 gr. — Auf dem Fleischmarkte zahlte man für ein Pfund Speck 1.40—1.50 zł, für ein Pfd. Schweinefleisch 0.90—1.40 zł, für ein Pfd. Rindfleisch 0.90-1.40 zł, für Kalbfleisch 0.70—1.20 zł, für Hammelfleisch 0.90—1.10 zł. — Auf dem Geflügelmarkt kostete eine lebende vollwichtige Gans 8—10 zł, eine magere Gans 6—7 zł, eine Ente 2.50—4 zł, ein Huhn 1.50 bis 3.50 zł, ein Paar Tauben 1.50—1.60 zł. — Der Fischmarkt war sehr belebt. Es kosteten das Pfd. Aal 2.40 zł, Karpfen und Schleie 2 zł, Hecht 1.80 zł, Weißfische 50—60 gr.

⚔ **Das Ende eines Villenbaus.** Im Sommer 1923 wurde an der Ecke der Wyspiańskiego (fr. Hardenbergstr.) neben der ehemaligen Mittelschule in St. Lazarus mit dem Bau einer modernen Villa begonnen. Schon waren die Grundmauern gelegt, da hörten die Bauarbeiten auf, weil, wie man hörte, dem Bauherrn der nervus rerum ausgegangen und dieser in Konkurs geraten war. Seit der Zeit führte der Bauplatz, der in seinem unfertigen Zustande der Gegend nicht gerade zur Zierde gereicht, ein beschauliches Dasein, das nur ab und zu dadurch eine Störung erlitt, daß die liebe Jugend den Bauzaun abzutragen begann. So zeugte in letzter Zeit nur noch die Baubude von entschwundener Pracht. Wie es aber scheint, will man in dem bekannten Ordnungssinn jetzt auch dieser zu Leibe. Denn heut früh waren von der Bude nur noch einige im Winde an Pfählen hin- und herschaukelnde Bretter übrig.

⚔ **Alarmierungen der Feuerwehr.** Gestern wurde die Feuerwehr um 2½ Uhr zu einem Teerbrande auf dem Hofe der Huggerbrauerei, um 7,15 Uhr abends zu einem Schornsteinbrande in der Wasserstraße 4 und um 9,40 Uhr abends zu einem Strohbrande nach St. Martinstraße 43 gerufen. Alle drei Brände wurden schnell gelöscht.

⚔ **Ein vielversprechendes Bürschchen** ist der 13jährige Schuljunge Jankowski. Er hatte sich bei einer Beerdigungsfeier in der St. Josefskapelle eingeschlichen und stahl hier einer Dame aus der Handtasche drei Brillantringe und 6 zł bares Geld im Gesamtwerte von 506 zł. Der Dieb wurde am folgenden Tage ermittelt; ihm wurde die Beute wieder abgenommen.

⚔ **Diebstähle.** Gestohlen wurden: aus einer Wohnung in der ul. Mostowa 37 (fr. Posadowskystr.) Wäschestücke im Werte von 100 zł; von einem Wagen auf dem Neuen Markte gestern früh 10 Uhr zwei Pakete enthaltend 15 Meter lila Barchent mit weißen Punkten, 16 Meter grünen Barchent mit roten Punkten, 12 Meter grauen Barchent mit Streifen, 10 Meter braunen Damenstoff, 28 Meter Blusenstoff und 36 Meter weiße Leinwand im Gesamtwerte von 326 zł.

## Vereine, Veranstaltungen usw.

**Sonnabend, 10. 10.:** Evang. Verein junger Männer: 7 Uhr abends Turnen, 9 Uhr Wochenschlußandacht.

**Dienstag, 13. 10.:** Handwerkerverein: 7 Uhr Versammlung in der Grabenloge (Besprechung des Wohltätigkeitsabends).

# **Posener Handwerkerverein.** Der Posener Handwerkerverein hat in seiner Monatsversammlung beschlossen, die Damen des Vereins zu einer Aussprache einzuladen. Besprochen wird der Teeabend und die zu treffenden Vorbereitungen. Die Zusammenkunft findet am Dienstag, dem 13. Oktober, abends 7 Uhr, in der Loge, ul. Grobla, statt. Um rege Anteilnahme der Vereinsdamen wird gebeten.

# **Gastspiel Gruszczyński-Czapska.** Morgen, Sonnabend, den 10. Oktober, wird um 8 Uhr abends in der Universitätsaula vom Heldentenor Stanisław Gruszczyński und der Primadonna der Warschauer Oper, Adelina Czapska, ein Gastspiel gegeben. Eintrittskarten sind bei Szrejbrowski, ul. Fredry 1, zu haben.

⚔ **Der Wasserstand der Warthe in Posen** betrug heut, Freitag, früh + 0,68 Meter, wie an den beiden letzten Tagen.

⚔ **Vom Wetter.** Heut, Freitag, früh waren 2 Grad „Wärme" bei starkem Nebel; in der Nacht hatte es heftig gereift.

---

s. **Schwersenz,** 8. Oktober. Hier haben die Deutschen mit 163 Stimmen einen Stadtverordneten durchgebracht. Dem „Kurjer" fällt diese Tatsache stark auf die Nerven, er knüpft daran Bemerkungen, die auf eine Boykottierung der deutschen Geschäftsleute hinauslaufen.

---

p. **Birnbaum,** 8. Oktober. Gestern abend gegen 10 Uhr wurde auf dem Wege zwischen Kwiltsch und Milostowo der Viehhändler Skoracki aus Milostowo von zwei maskierten Banditen überfallen und um seine Barschaft von 1500 zł beraubt.

* **Bromberg,** 3. Oktober. Ein Unglücksfall mit tödlichen Folgen ereignete sich gestern auf dem hiesigen Bahnhof. Der Heizer Bernhard Dombrowski aus Thorn fiel kurz vor dem Anhalten aus der Lokomotive eines Güterzuges. Hierbei geriet er unter die Räder der Maschine und erlitt sehr schwere Verletzungen. Nach Erteilung der ersten Hilfe durch den Eisenbahnarzt wurde der Verunglückte in das städtische Krankenhaus übergeführt, wo er, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben, nach zwei Stunden starb.

* **Dirschau,** 5. Oktober. In die Irrenanstalt Konradstein bei Stargard übergeführt wurde der Zollinspektor Cholewiński, der am Mittwoch abend in seiner Behausung einen Selbstmordversuch unternahm, indem er sich einen tiefen Messerstich in den Leib beibrachte. Seit seiner Einlieferung in das St. Vinzenzkrankenhaus am selben Abend tobte Ch. derart, daß ärztlicherseits seine Überführung in die Konradsteiner Heilanstalt beschlossen wurde.

* **Kempen,** 8. Oktober. Ein bedauerlicher Unglücksfall stieß dem Kraftwagenbesitzer Sosiński von hier am Montag nachmittag zu. Sosiński fuhr mit dem Arzt Dr. Behm von Podzamcze nach Kempen. Auf der Chaussee bei Olszowa kam ihm ein Fuhrwerk entgegen. Als sich das Auto näherte, sprang kurz vorher das Pferd vor das Auto. Sosiński wollte ein Unglück vermeiden und lenkte ganz scharf nach rechts, wobei er gegen einen starken Chausseebaum fuhr. Der Arzt flog aus dem Auto vorn gegen die Glasplatte und zog sich ernste Verletzungen zu, so daß er sich sogleich ins Krankenhaus begeben mußte. Der Wagenführer erlitt einen Beinbruch und eine erhebliche Quetschung des Brustkastens. Das Auto wurde stark beschädigt.

* **Lissa i. P.,** 4. Oktober. Gastwirt Jarczykowski aus Luschwitz ist am vergangenen Mittwoch in einem Eisenbahnabteil zwischen Luschwitz und Lissa plötzlich verstorben. Er war Pächter der Eisenbahnrestauration in Luschwitz und wollte in nächster Zeit nach Posen übersiedeln, um dort ein bereits gekauftes Geschäft zu übernehmen.

* **Lobsens,** 8. Oktober. Auf einer Treibjagd bei dem Gutsbesitzer Reinhold Schulz in Rosmin wurden 16 Hasen, 8 Fasanen, 4 Rebhühner, 8 Kaninchen und ein Iltis zur Strecke gebracht.

* **Neutomischel,** 8. Oktober. Bei der Stadtverordnetenwahl am Sonntag haben sich von den deutschen Wählern 95 Prozent beteiligt. Es ist dies ein erfreuliches Zeichen von Geschlossenheit, die die hiesige deutsche Bevölkerung an den Tag gelegt hat.

* **Thorn,** 8. Oktober. Nach dem Genuß von Pilzen erkrankte die ganze Familie Guziewicz in Kiełbasin im hiesigen Landkreise. Mann, Frau und Tochter wurden in schwerkrankem Zustande in das Kreiskrankenhaus nach Culmsee übergeführt, wo sie mit dem Tode ringen.

## Sport und Spiel.

**Die Herbstsaison in Lawica** nimmt am kommenden Sonntag ihren Anfang. Bisher sind u. a. folgende Nennungen eingelaufen: Vereinsvorsitzender Żychliński 4 Pferde, Graf Mielżyński 6, Graf Żółtowski 4 und 17. Ulanenregiment 6 Pferde.

## Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimarke zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

**Sprechstunden der Schriftleitung: nur werktäglich von 12—1½ Uhr.**

**F. W. in Zb.** Anfragen, denen kein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt, bleiben unbeantwortet. Außerdem: handelt es sich wirklich um eine Restkaufgeldsumme aus dem Jahre 1819, wie Sie schreiben?

**102.** Wir müssen uns auf die in Nr. 228 erteilte Auskunft beschränken. Ob die von Ihnen angeführten Zeugen dem Gericht genügen werden, das können wir natürlich nicht wissen. Gerichtsentscheidungen vorzugreifen ist der Briefkasten nicht da.

**F. H. in L.** Uns ist von Ihrer ersten Anfrage nichts bekannt; wir stellen Ihnen anheim, diese zu wiederholen.

**W. D. in K.** 1. Das kommt ganz auf den Beschluß des Schulvorstandes an, dessen Beschlüsse von der Aufsichtsbehörde genehmigt werden müssen, so daß uns jeder Einspruch aussichtslos erscheint. Eine Bestimmung, daß dem Schulvorstande ein deutsches Mitglied angehören muß, gibt es nicht. 2. Im Januar 1919 waren 1,8 deutsche Mk. gleich einem zł, mithin 4000 Mk. = 2222,22 zł. Diese Hypothek ist mit 15 Prozent, d. h. auf 333,33 zł aufzuwerten.

## Radiokalender.

**Rundfunkprogramm für Sonnabend, 10. Oktober.**

**Berlin,** 505 Meter. Abends 8.30 Uhr: Lustiges Wochenende. 10.30—12 Uhr: Tanzmusik.

**Breslau,** 418 Meter. Abends 8.30 Uhr: Kleine Bühne.

**Münster,** 410 Meter. Abends 8.30 Uhr: „Der Waffenschmied", Komische Oper von Lortzing.

**Rom,** 425 Meter. Abends 8.40 Uhr: Konzert.

**Wien,** 5.30 Meter. Abends 8 Uhr: Operettenaufführung, „Die lustige Witwe".

**Zürich,** 515 Meter. Abends 8.30 Uhr: Buntes Unterhaltungsprogramm

# Handel, Finanzwesen, Wirtschaft, Börsen.

## Von den Banken.

△ **Reichsbank.** Die im Zusammenhang mit dem Vierteljahrsende an die Reichsbank gestellten Zahlungsmittelanforderungen hielten sich in den an den sonstigen Monatsschlüssen üblichen Grenzen. Es flossen 337.4 Mill. Reichsbanknoten und 221.5 Mill. Rentenbankscheine, zusammen also 558.9 Mill. Zahlungsmittel neu in den Verkehr ab. Der Umlauf an Reichsbanknoten erhöhte sich entsprechend von 2311.7 auf 2649.1 Mill. Rm., während sich der Bestand der Reichsbank an Rentenmarkscheinen von 341.7 auf 120.2 Mill. verminderte. Der Wechselbestand erfuhr durch Einreichungen von privater Seite einen Zufluß um 225.9 Mill.; da 37.1 Mill. neu rediskontiert wurden, zeigt der Wechselbestand im ganzen eine Erhöhung um 188.8 auf 1717.3 Mill. Der Lombardbestand wuchs um 47.9 auf 56.4 Mill., der gesamte Wechsel-, Lombard- und Effektenbestand um 236.8 auf 1976 Mill. an. An fremden Geldern wurden der Bank 261.3 Mill. entzogen, so daß noch 620.2 Mill. solcher Verbindlichkeiten vorhanden sind.

Der Bestand der Bank an Gold- und deckungsfähigen Devisen hat sich um 34.3 Mill. auf 1493.6 Mill. erhöht. Die Vermehrung betrifft ganz das Konto der deckungsfähigen Devisen, dem ein Teil des Erlöses der Auslandsanleihe der Rentenbankkreditanstalt, und zwar derjenige, welcher nicht auf Termin angelegt worden ist, zugeführt wurde. Der Goldbestand weist einen geringfügigen Abfluß von einigen tausend Mark auf. Die umlaufenden Noten werden durch Gold allein zu 44.3% (gegen 50.8 in der Vorwoche), durch Gold und deckungsfähige Devisen zu 56.4% (gegenüber 63.1% in der Vorwoche) gedeckt.

△ **Von der Bank dla Handlu i Przemysłu.** Wie wir erfahren, wurde das von der Bank dla Handlu i Przemysłu eingereichte Memorial über die gegenwärtige Situation der Bank der Bankabteilung im Finanzministerium überwiesen.

## Geldwesen.

≡ **Eine Schweizer Anleihe für Polen?** Nach Blättermeldungen hat die polnische Regierung eine Anleihe in der Schweiz aufgenommen. Am 4. Oktober soll in Bern mit einem schweizer Bankenkonsortium eine Franken-Anleihe von 25 Millionen unterzeichnet worden sein.

≡ **Ausgabe neuer Schatzscheine.** Die Regierung hat die Absicht, in den nächsten Tagen Schatzscheine für 30 Mill. Złoty herauszugeben. Das Sejmgesetz setzt eine Limitierung von 100 Millionen Złoty für die Herausgabe der Schatzscheine fest. Die Regierung hat aber bisher nur 40 Millionen herausgegeben.

♂ **Polens Währungs- und Wirtschaftsnöte.** Der Generaldirektor der Bank Polski erklärte über die augenblickliche Wirtschaftslage Polens u. a. folgendes: Die Banknotensumme, die sich gegenwärtig im Umlauf befindet, sei für das Wirtschaftsleben völlig unzureichend. Jedoch sei der Banknotenumlauf so stark seit der Gründung der Bank gestiegen, daß er nicht weiter vermehrt werden könne; er könne nur dann vergrößert werden, wenn gleichzeitig die Valutagrundlage der Bank erhöht würde. Die Lage sei hauptsächlich wegen der stark passiven Handelsbilanz Polens so außerordentlich schwierig. Der Außenhandel habe in den ersten 7 Monaten d. J. mehr als eine halbe Milliarde Złoty Defizit. Im August habe sich zwar das Verhältnis zwischen Ausfuhr und Einfuhr gebessert; jedoch könne Polen eine derartige passive Handelsbilanz nicht mehr lange aushalten. Der Bank stünden nur geringe Mittel zur Diskontierung von Wechseln zur Verfügung, so daß sie wieder eine Einschränkung der Kredite habe vornehmen müssen. Infolge dieser hierdurch eingetretenen Geldknappheit seien auch die Privatbanken in eine äußerst schwierige Lage geraten. Die Bank könne nicht mehr weitere Kredite bewilligen, bevor nicht enues ausländisches Kapital hereinkomme.

## Industrie.

⊙ **Weiterer Rückgang der Kohlenförderung in Oberschlesien.** In der dritten Septemberwoche betrug die Gesamtförderung in Oberschlesien 389 252 To. gegen 402 756 To. in der zweiten Septemberwoche. Die durchschnittliche tägliche Förderungsziffer ist von 67 128 auf 64 875 To. gefallen.

⊙ **Schwierige Lage der Flugzeugindustrie.** Die Flugzeugfabrik Plage & Laśkiewicz in Lublin macht eine schwere Finanzkrise durch und hat aus diesem Grunde zum 1. Januar 1926 allen Beamten und Angestellten gekündigt. Als Grund werden die mangelhaften Bestellungen und das Fehlen von Material zum Flugzeugbau angegeben.

⊙ **Jn der polnischen Holzindustrie** dauert die Krisis unverändert fort. Insbesondere scheint der Export fast auf den Nullpunkt zu sinken. Unter diesen Umständen wird es sozusagen noch als ein Glück angesehen, daß der vorjährige Waldeinschlag nur verhältnismäßig gering gewesen ist. Besonders schwer zu leiden hat der galizische Holzhandel, der für das verlorene deutsche Absatzfeld so gut wie keinen Ersatz finden kann. Trotz der erst neuerdings wieder zugebilligten Tariferleichterungen stellt sich der Transport nach Danzig viel zu teuer, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. Zur Zeit sucht man die Rettung wieder einmal in dem Gedanken der Organisation, der allerdings von der polnischen Holzindustrie bisher immer sehr vernachlässigt worden ist. Namentlich in bezug auf das Exportgeschäft will man die gegenseitigen Unterbietungen durch Gründung eines den gesamten Holzausfuhrhandel umfassenden Syndikats ausschalten. Auch die Frage der Standardisierung beschäftigt wieder intensiver die Interessentenkreise. Das alles aber sind Dinge, die den Gegenwartsnöten nicht abhelfen können. Darum ersehnt man in den Kreisen der polnischen Holzindustrie einen möglichst schnellen Abschluß der soeben wieder aufgenommenen deutsch-polnischen Verhandlungen und rüstet sich bereits darauf, sobald ein Wirtschaftsvertrag oder wenigstens ein Handelsprovisorium zur Tatsache werden sollte, wieder eine starke Nachfrage aus Deutschland zu befriedigen sein wird.

## Handel.

♂ **Verkauf ausländischer Fertigfabrikate durch das Tabakmonopol.** Die „Agencja Wschodnia" meldet, daß die Verwaltung des Tabak-Monopols in einigen Tagen ausländische Tabakerzeugnisse in den Handel bringen wird. Es sollen dies Zigarren aus Holland und Pfeifentabake aus England sein.

♂ **Um die Erhöhung des Zuckerpreises.** In der letzten Sitzung des Wirtschaftskomitees des Ministerrates wurde die Erhöhung des Zuckerpreises erörtert. Zu einem endgültigen Beschluß ist es wegen d r Notwendigkeit einer genauen Prüfung der Angelegenheit nicht gekommen. Der Beschluß soll in der nächsten Sit ung gefaßt werden.

♂ **Ausfuhrkontingent für Getreide.** Entgegen den in verschiedenen Zeitungen veröffentlichten Meldungen wird uns mitgeteilt, daß das Getreidekontingent für die Ausfuhr noch nicht festgesetzt wurde. Mit dieser Angelegenheit hat sich das Wirtschaftskomitee des Ministerrates überhaupt noch nicht beschäftigt.

♂ **Deutscher Einfuhrzoll für polnischen Weizen.** Polnische Wirtschaftskreise messen der Zollerhöhung für polnischen Weizen auf 10 Mk. für 100 kg durch die deutsche Regierung keine große Bedeutung bei, da die Weizenausfuhr aus Polen minimal ist und auch bei allerbester Ernte nur der Inlandsverbrauch gedeckt werden kann.

## Von den Märkten.

**Produkten.** Kattowitz, 8. Oktober. Weizen 24—24.½ Roggen 17.80—18.30, Hafer 19—19.½, Gerste 18.¾—23.½, franko Empfangsstation. Leinkuchen 30.60—31.10, Rapskuchen 22.½ bis 23, Weizenkleie 13.½—14, Roggenkleie 12.90—13.40. Tendenz ruhig.

Lemberg, 8. Oktober. Weißer Weizen 21—21.½, roter 22.½—23, Roggen 15—15.½, Braugerste 17—18, Hafer 16—17' Industriekartoffeln 3.20—3.60. Die angegebenen Preise sind ohne nur schätzungsweise ohne Transaktionen notiert.

Thorn, 8. Oktober. Roggen 15.½—16.½, Weizen 22.½ bis 23.½, Braugerste 22.½, Weizenmehl Luxus 45, „0000" 44, „000" 43, Nr. II 28, Luxusroggenmehl 31, „0000" 30, „000" 29, Siebmehl Nr. II 18, Roggen- und Weizenkleie 12.

**Vieh und Fleisch.** Warschau, 8. Oktober. Für Rinder Tendenz anhaltend, für Kälber schwach. Die Schweinepreise sind bei schwacher Tendenz um 10 bis 15 gr pro kg gesunken. Notiert wurde für 1 kg Lebendgewicht loko Schlachthof: Rinder I. Sorte 0.90, II. 0.85, Färsen 0.70, Kälber I. 1.10, II. 1.00, Schweine I. 1.80—1.90, II. 1.65—1.75, III. 1.50—1.60, IV. 1.35—1.45, V. 1.20 bis 1.30. Verkauft wurden insgesamt 2361 Stück Vieh.

**Edelmetalle.** Warschau, 8. Oktober. Silber wird zu Industriezwecken hauptsächlich in Rubel aufgekauft. Das Angebot ist ein starkes. Größere Käufe werden jedoch nicht abgeschlossen. Gezahlt wurde für 1 Rubel 37 Cts. nach Tageskurs. Transaktionen werden ausschließlich in bar getätigt. Chemisches Silber in Barren zu 5 kg wird fester notiert und nur in geringem Maße angeboten. Gefordert wird 145 zł pro kg.

**Metalle.** Berlin, 8. Oktober. Preise in deutscher Mrk. für 1 kg. Raffinadekupfer 99—99.3% 1.22—1.23, Standard für Oktober 1.205—1.215, Originalhüttenrohzink im freien Verkehr 0.775—0.785, Remelted Plattenzink gewöhnl. Handelsgüte 0.66 bis 0.67, Originalhüttenaluminium 98—99%, in Blocks, Barren, gewalzt und gez. 2.35—2.40, dasselbe in Barren, gew. und gez. in Drahtbarren 2.45—2.50, Reinnickel 98—99% 3.40—3.50, Antimon Regulus 1.32—1.34, Elektrolytkupfer für 100 kg 136.25.

## Ausländischer Produktenmarkt.

**Breslau,** 8. Oktober. Transaktionen für 100 kg franko Verladestation Schlesien: Weizen 18.50, Roggen 15.20, Hafer 16.50, Braugerste 19.50, Wintergerste 17.00. Weizenmehl 29.50, Roggenmehl 23.00, Weizenkleie 10.00—10,75, Roggenkleie 9,50—10.00, Gerstenkleie 13—15. Tendenz für Getreide ruhiger, für Mehl etwas fester, für Futtermittel ruhig.

Chicago, 7. Oktober. (Schlußbörse.) Weizen: für Dezember (alter) 137½, neuer 138⅜, für Mai 1926 (alter) 138, neuer 138⅞, Roggen: für Dezember 81.25, für Mai 1926 80 25, Mais: gelber Nr. II loco 83.25, weisser Nr. II loco 82 50, gem. Nr. II loco 82.25, für Oktober 77⅝, Dezember 75½, Mai 1926 80⅜, Hafer: weisser Nr. II loco 40.75, September 58 50, Mai 1926 43⅞, Gerste: malting loco 77—78. Frachten nach England und dem Kontinent unverändert.

## Börsen.

≠ **Der Złoty** am 8. Oktober. **Danzig:** Złoty 87.89—88.10, Ueberw. Warschau 86.77—86.98, **Berlin:** Złoty 69.65—70.35, Ueberweisung Warschau oder Posen 69.92—70.28, Ueberw. Kattowitz 69.57—69.93, **Zürich:** Ueberweisung Warschau 86.50, **London:** Ueberw. Warschau 29 00, **Neuyork:** Ueberweisung Warschau 16.50, **Wien:** Ueberweisung Warschau 117.25—117.75, **Tschernowitz:** Ueberw. Warschau 35 50, **Bukarest:** Ueberw. Warschau 3560. **Riga:** Ueberw. Warschau 90.00.

≠ **1 Gramm Feingold wurde für den 9. Oktober 1925** auf 3.9744 zł festgesetzt. (M. P. Nr. 233 vom 8. Oktober 1925).

## Kurse der Posener Börse.

| Wertpapiere und Obligationen: | 9. Oktober | 8. Oktober |
|---|---|---|
| 6% Listy zbożowe Ziemstwa Kred. | 4.40 | 4.50 |
| 8% dolar. Listy Pozn. Ziemst. Kred. | 1.90 | 1.95—1.90 |
| 5% Pożyczka konwersyjna . . . | 0.25 | 0.28 |
| **Bankaktien:** | | |
| Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII.Em. | —.— | 3.25 |
| Bank Przemysłowców I.—II. Em. | —.— | 2.10—2.50 |
| Bk. Zw. Spółek Zarobk. I.—XI. Em. | 5.00 | —.— |
| **Industrieaktien** | | |
| R. Barcikowski I.—VII. Em. . . | —.— | 0.80 |
| H. Cegielski I.-X. Em. (50 zł-Aktie) | 8.00 | 8.00 |
| Centrala Rolników I.—VII. . . . | 0.50 | —.— |
| Centrala Skór I.—V. Em. . . . | 1.00 | 1.00 |
| Goplana I.—III. Em. . . . . . . . | 4.00 | —.— |
| Hurtownia Związkowa I.—V. Em. | 0.10 | 0.10 |
| Hurtownia Skór I.—IV. Em. . . | 0.40 | —.— |
| Herzfeld-Viktorius I.—III. Em. . . | 2.50 | 2.50 |
| Juno I.—III. Em. . . . . . . . | 0.50 | —.— |
| Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV | —.— | 70.00 |
| Młyn Ziemiański I.—II. Em. . . . | 1.10 | —.— |
| Płótno I.—III. Em. . . . . . . . | 0 10 | 0.10 |
| Pozn. Spółka Drzewna. I.—VII. Em. | —.— | —.— |
| Bracia Stabrowscy (Zapałki) I. Em. | 0.80 | 0 80 |
| „Unja" (vorm. Ventzki) I.—III. Em. | 4.00 | 4.00 |
| Wytwornia Chemiczna I.—VI. Em. | 0.25 | —.— |
| Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em. | 1.10 | —.— |

Tendenz: behauptet.

**Warschauer Börse** vom 8. Oktober. Devisenkurse: Brüssel für 100 — 26.99, Amsterdam für 100 — 241.78, London für 1 — 29.13, Neuyork für 1 — 6.00, Paris für 100 — 27.91, Zürich für 100 — 116, Wien für 100 — 84.81, Mailand für 100 — 24.17. Zinspapiere: 8proz. staatl. Konvers.-Anl. 1925 70.00, 6proz. Dollaranl. 1919/20 64.00, 10proz. Eisenbahnanl. 85, 5proz. staatl. Konvers.-Anl. 43.½, 4½proz. landw. Anl. bis 1914 16.40, 5proz. Warschauer Anl. bis 1914 16.00, 4½proz. Warschauer Anl. bis 1914 12.65¾, 4½proz. Lodzer Vorkriegsanl. 5.75, 10proz. Siedlce'er Goldanl. 50.00. Bankwerte: Bank Dysk. Warschau 4.80, Bank Handl. Warschau 3.00, Bank Przem. Lemberg 0.16, Bank Zachodni 1.15, Bank Sp. Zarobk. Posen 4.½. Industriewerte: Elektr. Dąbrowa 0.80, Elektryczność 1.00, Siła i Światło 0.19, Firley 0.25, Łazy 0.11, Częstocice 1.15, W. T. F. Cukru 1.75, Kop. Węgli 1.24, Bracia Nobel 1.25, Cegielski 0.26, Lilpop 0.50, Modziejowski 2.45, Norblin 0.80, Ostrowiecki 4.45, Rudzki 0.85, Starachowice 1.12, Ursus 0.70, Vulkan 1.40, Zieleniewski 10.00, Żyrardow 6.20, Borkowski 0.83.

≠ **Berliner Börse** vom 8. Oktober. (Amtlich.) Helsingfors 10.555 bis 10.595, Wien 59 17—59 31, Prag 12.425—12.465, Budapest 5.875 bis 5.895, Sofia 3.055—3.065, Amsterdam 168.62—169.04, Oslo 83.35—83.55, Kopenhagen 101.22—101.48, Stockholm 112.44 bis 112.72. London 20.316—20.366, Buenos Aires 1.723—1.727, Neuyork 4 195—4 205, Brüssel 18 84—18.88, Mailand 16 84—16.88, Paris 19.44—19.48, Zürich 80 88—81.08, Madrid 60.31—60.47, Danzig 80.55—80.75, Tokio 1.716—1.720, Rio de Janeiro 0.629 bis —0.631, Belgrad 7.43—7.45, Lissabon 21.225—21.275, Kowno 41.195—41.405, Athen 6.09—6.11, Konstantinopel 2.405—2.415.

≠ **Krakauer Börse** vom 8. Oktober. Pharma 0.65, Zieleniewski 10.00, Cegielski 10.00, Trzebinia Żel 0.18, Górka 10.50, Siersza Górn. 2.12, Tepege 0.38—0.39, Polska Nafta 0.19, Chodorów 3.00—3.15, Chybie 3.40, Piasecki 1.20. Nicht notierte Werte: Jaworzno dr. 6.15.

≠ **Züricher Börse** vom 8. Oktober. (Amtlich.) Neuyork 5.18⅝, London 25.11¾, Paris 24.06, Wien 73.125, Prag 15.37, Mailand 20.835, Brüssel 23.25, Budapest 72.60, Sofia 3.775, Amsterdam 208.40, Oslo $102.^{2}/_{32}$, Kopenhagen 125, Stockholm 139⅛, Madrid 74.45, Bukarest 2.48, Berlin 123.45, Belgrad 9.18½.

≠ **Danziger Börse** vom 8. Oktober. (Amtlich.) London 25.222, Schecks 25.205, Dollar 5.2085—5.2250, deutsche Mark 124.095—124.405.

## Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 9. Oktober 1925.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilo bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation in Złoty.)

| | | | |
|---|---|---|---|
| Weizen . . . . . . | 22.00—23.00 | Gerste . . . . . . | 18.00—20.00 |
| Roggen (neu) . . . | 15.25—16.25 | Hafer . . . . . . | 21.50—22.50 |
| Weizenmehl (65 % inkl. Säcke) . . . | 36.00—39.00 | Felderbsen . . . . | 21.00—22.00 |
| Roggenmehl I. Sorte (70 % inkl. Säcke) | 22.00—25.00 | Viktoriaerbsen . . | 25 00—28.00 |
| Roggenmehl (65 % inkl. Säcke) . . . | 22.00—26.00 | Weizenkleie . . . . | 10.00—11.00 |
| Braugerste prima . | 17.50—18.50 | Roggenkleie . . . . | 10 00—11.00 |
| | | Eßkartoffeln . . . . | 2.90 |
| | | Fabrikkartoffeln . | 2.00—2.20 |

Tendenz: ruhig.

## Städtischer Viehmarkt vom 9. Oktober 1925.

**Offizieller Marktbericht der Preisnotierungskommission.**

Es wurden aufgetrieben: 20 Rinder, 201 Schweine 55 Kälber, 74 Schafe, zusammen 350 Tiere.

Marktverlauf: Der geringen Transaktionen wegen wurden keine Notierungen gemacht.

**Für alle Börsen und Märkte wird von der Redaktion keinerlei Gewähr oder Haftpflicht übernommen**



## Kirchennachrichten.

**St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.)** Sonnabend, 6¼: Wochenschlußgottesd. Hänisch. — Sonntag 10: Gottesd. Ders. — 12½: Kindergottesd. Derselbe.

**St. Paulikirche.** Sonntag, vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Hammer. — 11¾: Kindergottesdienst. Derselbe. — Mittwoch, 6¼: Bibelstunde. Ders. — Amtswoche: Derselbe. — Werktäglich ½8: Morgenandacht.

**St. Lucaskirche.** Sonntag, 10: Gd. D. Staemmler.

**Ev.-luth. Kirche,** ulica Ogrodowa 6 (früh. Gartenstr. Sonntag, 10: Gd. — 9½: in Tremessen: Erntedankfestgottesdienst mit Abendmahl, danach Gemeindeversammlung. Hoffmann. — 2½: in Gnesen: Erntedankfestgottesdienst mit Abendmahl. Ders. — Montag, 8: Kirchenkollegiumsitzung. — Mittwoch, 8: Kirchenchor. — Donnerstag, 3½: Frauenverein.

**Christuskirche.** Sonntag, 10: Gottesd. Rhode. — Danach Kindergd. — Freitag, 6: Bibelstunde.

**St. Matthäikirche.** Sonntag, 10: Gottesd. Brummack. — 11½ Kindergd. Derselbe. — Dienstag 6: keine Bibelst. — 8: Begrüßungsfeier der Konfirmanden in der Kirche. — Mittwoch, 7½: Jungmädchenkreis. — Freitag, 8: Abendgd. — Wochentags 7¼: Morgenandacht.

**Sassenheim.** Mittwoch, : Kirchenchor.

**Ev. Verein junger Männer.** Sonntag, 8: D. Staemmlers Reiseeindrücke. — Montag, 8: Posaunench. — Mittwoch, 7½: Bibelbespr.-Abend. — Donnerstag, 8: Posaunenchor. — Sonnabend, 7: Turnen. — 9: W.-Schl.-And.

**Kapelle der Diakonissen-Anstalt.** Sonnabend abend 8: Wochenschlußgd. P. Sarowy. Sonntag, 10: Gottesd. Ders.

**Christl. Gemeinschaft** (im Gemeindesaal d. Christuskirche ul. Matejki 42). Sonnabend, 7: Evangelisation. — Sonntag, 5½: Jugendbundstunde E. C. — 7: Evangelisation. — Freitag, 7: Bibelbesprechung. Jedermann herzlich eingeladen.

**Gemeinde gläubig getaufter Christen** (Baptisten ul. Przemysłowa 12. Sonntag, 10: Gottesdienst — 11½: Sonntagsschule. — 3: poln. Gottesd. 4½: deutsch. Gottesd. — Donnerstag, 8: Gebetsstunde. — Freitag, 7½: polnische Gebetsstunde.

Unglück stürzte? Wer war es denn, der neulich alle Straßenecken mit Aufrufen beklebte, um ja doch eilig alle deutschen Optanten herauszuschmeißen?

Die Regierung gehorchte! Dann kamen aber die aus Deutschland herausbeförderten Polen. Dem Elend und der Arbeitslosigkeit hier preisgegeben, stürzten sich diese Hungrigen, durch den Z.O.K.Z. irregeleiteten Leute auf den Vorstand desselben, der vor der Wut der Versammelten schmählich fliehen mußte. Soll das die „allgemeine Hochachtung" sein, deren sich der Verein bei „der gesamten polnischen öffentlichen Meinung" erfreut?

Nun, in Wirklichkeit sieht es gottlob anders aus. Neulich, als ich hierher nach Posen zum Gericht reiste, kaufte ich mir das meistgelesene erzpolnische Blatt in Posen, den „Kurjer Poznański", — der sicherlich kein Freund des Deutschtums ist. Und was lese ich da? Einen Artikel, in dem die Tätigkeit des Vorstandes des Z.O.K.Z. in den dunkelsten Farben geschildert wird, und zwar: wegen Vorspiegelung falscher Tatsachen, wegen Vergeudung von öffentlich gesammelten Kassengeldern, wegen parteipolitischer Intrigen und anderer Umtriebe, die von der öffentlichen Meinung der Polen selbst diesem „Patriotenverein" vorgeworfen werden. Habe ich denn nicht milder als der „Kurjer Poznański" geschrieben? Gewißlich — ja! Nur mit viel mehr Humor vielleicht! Denn sogar hier in diesem Gerichtssaale mußte ich unwillkürlich darüber lachen, mit welchem Eifer auch hier die Alarmposaunen gegen das vielverhaßte deutsche Volk von meinen Anklägern geblasen wurden: „Unsere Todfeinde wollen uns einschläfern, um dann über Nacht uns dieses Posener Land zu rauben!" ruft da pathetisch zum tausendsten Male der Vertreter des Z.O.K.Z. Meine Herren Richter! Finden Sie nicht, daß dieses ewige Gezeter, Deutschland könnte dem Polenvolke dieses Teilgebiet „über Nacht" abspenstig machen, recht faul sich anhört? Alarm schlägt ununterbrochen und ohne Sinn und Grund nur der Feige, der Mann mit einem bösen Gewissen, der Schwache, — aber nicht der Starke, der sich auf sein gutes Recht stützt. Denken Sie doch, meine Herren Richter, was sich die gesamte zivilisierte Welt dabei denkt, wenn sie dieses Gezeter der Herren Okazisten Tag und Nacht zu hören bekommt?! Ja, wirklich, es gibt keine größeren Schädlinge in diesem Staate, als der Z.O.K.Z. Inmitten des Staates stiften sie Zwiespalt und hetzen den einen Teil der Bürger gegen den andern auf. Nach außen hin — untergraben sie den Kredit und das Ansehen Polens. An Ihnen, meine Herren Richter, ist es jetzt, sich in dieser Sache auszusprechen und ein Zeugnis des gesunden Staatssinnes abzulegen.

Denken Sie daran, meine Herren Richter, daß dieses Urteil ein breites und weites Echo finden wird. Denken Sie daran, daß durch dieses Urteil von heute vielleicht weniger ich, Dr. von Behrens, gerichtet werden könnte, — als Polen. Das ist mein letztes Wort."

### Das Urteil.

Wie bereits gemeldet, fiel das Urteil unerwartet hart aus. Obwohl nach der Verteidigungsrede die Klägerseite zugeben mußte, „daß die Rede einen gewissen Eindruck zu machen geeignet wäre, wenn man nicht genau wüßte, wer sie gehalten hat!"

Das Gericht beriet 1½ Stunden. und verkündete das Urteil um 8 Uhr abends. Das Gericht lehnte die formellen Einwendungen ab und verurteilte den Verfasser der Satire, Herrn Dr. von Behrens, zu zwei Monaten, den verantwortlichen Redakteur Styra zu einem Monat Gefängnis und den Kosten des Verfahrens. Gegen das Urteil ist von beiden Verurteilten Berufung eingelegt worden.

## Ein Monstre-Prozeß gegen die „Deutsche Rundschau".

* Bomberg, 7. Oktober.

Am gestrigen Dienstag hatte sich der verantwortliche Schriftleiter der „Deutschen Rundschau", Johannes Kruse, wiederum unter der Beschuldigung, Staatseinrichtungen verächtlich gemacht zu haben, zu verantworten. Der Anklage lag ein in Nr. 220 vom 27. September 1923 in der „Deutschen Rundschau" unter der Überschrift: „Es schreit zum Himmel" erschienener Artikel zugrunde. In diesem Artikel, der eigentlich nur eine Polemik gegen den „Kurjer Pozn." darstellt, wird diesem Organ des polnischen Westmarkenvereins alles das vorgehalten, was in bezug auf die Behandlung der deutschen Minderheit in Polen „nicht zum Himmel schreit". Angeklagt waren Pastor Willigmann, früher in Lissa, als Verfasser und Johannes Kruse, der den Artikel als verantwortlicher Redakteur übernommen hatte. Die Anklage gegen den Verfasser mußte fallen gelassen werden, da er inzwischen bereits nach Deutschland ausgewandert ist.

Die gerichtliche Untersuchung über die in dem genannten Artikel enthaltenen Angaben, die lediglich eine Rekapitulation verschiedener Interpellationen der deutschen Fraktion im Sejm und Senat waren, hat über zwei Jahre gedauert. Da in dem Artikel die „famose polnische Wahlgeometrie" kritisiert, bemängelt wurde, daß sich trotz des Aufrufs des Obersten polnischen Volksrats, nach welchem die Republik Polen „getreu ihren freiheitlichen Traditionen den Mitbürgern deutscher Nationalität volle Gleichberechtigung, Zutritt zu den höchsten Staatsämtern usw." gewähren werde, sich nicht ein einziger Deutscher in irgend einem polnischen Staats- oder Gemeindeamt befinde, daß deutsche Kinder, entgegen dem Aufruf des Obersten polnischen Volksrats, gezwungen werden, polnische Schulen zu besuchen usw., war von der Anklagebehörde ein sehr großer Belastungszeugenapparat aufgeboten worden. Vernommen wurden u. a. die Schulkuratoren der Städte Thorn, Posen und Kattowitz, die Chefs der Sicherheitsabteilung derselben Städte und eine ganze Anzahl von Starosten, deren Aussagen die Anklage voll und ganz stützten, was ja wohl auch vorauszusehen war. Dadurch hat sich ein so umfangreiches Aktenmaterial angesammelt, daß es weder dem Angeklagten Kruse noch seinem Verteidiger möglich war, zu der der Anklage zugrunde liegenden Beschuldigung entsprechend Stellung zu nehmen.

In der gestrigen Verhandlung beantragte daher der Angeklagte die Vertagung des Prozesses und Ladung neuer Zeugen, welche die in dem Artikel enthaltenen Behauptungen bekräftigen sollen. Der Angeklagte betonte, daß der § 131 (Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen) auf ihn keine Anwendung finden könnte, da der Paragraph voraussetze, daß man falsche Behauptungen aufstelle, wissend, daß sie falsch seien, er aber trotzdem ein Interesse an der Klärung dieses der „Deutschen Rundschau" vom „Kurjer Pozn." bzw. vom Westmarkenverein aufgezwungenen Kampfes habe.

Nach einer ziemlich langen Beratung wurde dem Antrage des Angeklagten in bezug auf einige in dem inkriminierten Artikel enthaltene Ausführungen stattgegeben. Zwei Abgeordnete werden zu der nächsten Hauptverhandlung geladen werden, die übrigen Zeugen werden kommissarisch vernommen.

## Ans Licht!

### Hier und in Deutschland.

Angesichts der Schwierigkeiten, die den deutschen Schulen in Polen im allgemeinen gemacht werden und an die die deutsche Bevölkerung hier wieder einmal unangenehmerweise durch das Vorgehen des Schulkuratoriums in Posen gegenüber dem Deutschen Gymnasium in Bromberg erinnert wurde, ist es interessant, wieder einmal etwas über die Stellungnahme der deutschen Behörden gegenüber den polnischen Schulbestrebungen in Deutschland zu hören.

Der polnische Abgeordnete im preußischen Landtag, Herr Baczewski, hat in einer Pressekonferenz, die er am 25. September mit den Vertretern der polnischen Presse in Warschau abgehalten hat, zwar nur bewegliche Klagen über das Vorgehen der preußischen Regierung gegenüber den Polen in Deutschland vorgebracht. Eigenartig ist es, daß wir gegenüber diesen Klagen aus den Nachrichten, die gelegentlich zu uns kommen, meistens das Gegenteil, nämlich ein weitgehendes Entgegenkommen deutscher Behörden gegenüber polnischen Wünschen sehen. In Hamborn, wo eine polnische Schule an sich nicht besteht, haben die Eltern der polnischen Kinder für diese einen privaten polnischen Lese- und Schreibunterricht eingerichtet und die Stadtverwaltung gebeten, ihnen dazu die städtischen Schulräume zur Verfügung zu stellen. Das Gesuch wurde, wie es in einem Kulturstaat ja auch nicht anders sein kann, anstandslos bewilligt. Dieses Entgegenkommen genügte den Eltern aber nicht. Sie sind deshalb vor einiger Zeit an die Stadt wiederum herangetreten, um auch zu erwirken, daß ihnen die Kosten für Beleuchtung, Heizung und Reinigung des Schulraumes erlassen werden. Auf diese Bitte hat die Stadt nicht etwa mit Schließung des Schulunterrichts geantwortet, sondern dem Antrage der Eltern gemäß auch die Kosten für Heizung, Beleuchtung und Reinigung des Schulraumes auf städtische Unkosten übernommen.

Auch bezüglich der Lehrerlaubnis für den polnischen Sprachkursus ist die Aufsichtsbehörde sehr weitherzig gewesen, da man dem Leiter des Kursus, Herrn Stanislaus Hudy, der keinerlei Lehrprüfung abgelegt hat, die Berechtigung zur Unterrichtserteilung erteilt hat.

Gerade in kultureller Hinsicht soll nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Es wäre besser, wenn sich unsere Regierung, bevor sie der deutschen Bevölkerung hier Schwierigkeiten bei der Durchführung ihrer kulturellen Aufgaben machte, zunächst durch die dazu vorhandenen Organe über das Verhalten der deutschen Regierung gegenüber den Polen dort eine wirklich sachgemäße Aufklärung verschaffte und sich nicht von den Wünschen des Z.O.K.Z. und den ohne jedes Material belegten Klagen des Herrn preußischen Abgeordneten Baczewski richtete. Daß Herr Baczewski übrigens in Warschau einen Empfang der polnischen Presse veranstalten konnte, der er nur Beschwerden über sein eigenes Vaterland vorzubringen hatte, ist ein beredtes Zeugnis für die Toleranz der vielgeschmähten preußischen Behörden; denn wenn ein deutscher Abgeordneter von hier in Berlin das gleiche getan hätte, so wäre ihm sicherlich mancherlei Unangenehmes beschieden gewesen. Von den Ausfällen der polnischen Presse gar nicht zu reden.

# Die Entwicklung in Marokko.

### Primo de Riveras Rückkehr nach Madrid. — Die Propaganda gegen Abd el Krim. — Marschall Lyauteys Abschied. — Justizminister Steeg sein Nachfolger.

**Die französisch-spanischen Waffenerfolge über Abd el Krim haben sich soweit günstig entwickelt, daß man zum 12. Oktober mit der Rückkehr Primo de Riveras nach Madrid rechnet. Der spanische Diktator erklärte den Journalisten, daß er nicht daran denke, die Gewalt abzugeben. Erst wenn Spanien völlig gesäubert sei, könnte der normale Zustand wieder hergestellt werden. Erst dann könnten die Bürger die Regierung übernehmen, wenn alle politischen Lasten gefallen seien.**

Das spanische Oberkommando meldet über die weiteren Truppenbewegungen: Das Reiterregiment Alcantara drang in einem einzigen Ritt von Dar Drins bis Zoco Telaüa Bubeker vor. Hinter den Reitern rückten ein Bataillon Infanterie und eine Kompanie Pioniere nach, letztere bahnte den Weg für die kurz darauf folgenden Panzerwagen. Auch zogen die den Spaniern befreundeten Mezjantes und eine Harka unter dem Kaid Benchellal mit, die bis zum Lloadaflügel gelangten. Von Dar Drins ging eine zweite Kolonne über Tamasusin in der Richtung auf Zoco Telatza Ainamar der französischen Zone entgegen. Mit den übrigen Mannschaften besetzten wir unser altes Lager, das wir in Zoco Talatza Bubeker errichtet hatten und verschanzten uns dort, gedeckt durch zwei Panzerwagen, die während der Nacht blieben und als bewegliche „Blockhäuser" dienten. Die drei Kolonnen befehligte General Gomez Morato. Die Operation der Wiederbesetzung des alten Lagers von Zoco Telatza Bubeker kostete die Mauren vier Tote und vier Gefangene.

### Das Haus Ab del Krims unterminiert.

Nach Drahtmeldungen aus Madrid haben die spanischen Truppen in Aschdir bisher noch nicht Abd el Krims Haus betreten, da sie die Unterminierung des Hauses befürchten. Einige Minen des Hauses sind bereits in die Luft geflogen.

Nach einer Meldung aus Paris wurde der Justizminister Steeg, dessen Nachfolger noch nicht genannt wird, zum Nachfolger des Marschalls Lyautey. Das Dekret der Ernennung wird, bevor es dem Präsidenten der Republik zur Unterschrift vorgelegt wird, durch den Unterstaatssekretär Daniélou nach Locarno gebracht werden, damit auch Briand gleich den anderen Ministern es unterzeichnen kann. Wer der Nachfolger Steegs im Justizministerium sein wird, ist noch nicht sicher. Es ist aber wahrscheinlich, daß der Senator de Monzie das Kultusministerium verlassen wird, um die Justiz zu übernehmen. Painlevé erklärte nach dem Ministerrat, daß keine große Änderung im Kabinett beabsichtigt sei.

Marschall Lyautey ist bei seinem Abschied in feierlicher Audienz vom Sultan von Marokko empfangen worden. Lyautey erklärte bei dieser Gelegenheit, daß er mit großem Bedauern seinen Posten in Marokko verlasse, aber „gebieterische Gründe", die die ganze Welt verstehe, zwängen ihn, seinen Posten, den er bereits 13 Jahre innehabe, aufzugeben. Der Sultan gab in seiner Antwort ebenfalls diesem „Bedauern" Ausdruck: „Ich erkläre", betonte der Sultan, „daß, wenn Sie Herr Marschall, nicht derartig schwerwiegende Gründe angeführt hätten, ich eine persönliche Demarche bei der französischen Regierung unternommen hätte, um sie zu bitten, Sie hier zu lassen."

## Deutsches Reich.

### Der Bund der deutschen Frauenvereine.

In Dresden wurde von der Bundesvorsitzenden, Frau Emma Ender, die 14. Generalversammlung des Bundes Deutscher Frauenvereine eröffnet. Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer begrüßte sie namens der Reichsbehörden, Ministerialrat Dr. Meyer für die sächsische Regierung. Frau Hertwig Bünger für den sächsischen Landtag, Oberbürgermeister Dr. Külz für die Stadt Dresden. Frau Lau brachte die Grüße des sächsischen Landesverbandes des B. D. F., Frau Marie Stritt die des Dresdener Stadtbundes. Auch die Frauen Österreichs und Siebenbürgens hatten Boten entsandt. Das Gesamtthema der Tagung ist: „Der Frauenwille in der sozial-hygienischen und der Kulturgesetzgebung."

### Deutsch-schweizerische Wirtschaftsverhandlungen.

Da die vom deutschen Reichstag vorgenommene Zollerhöhung am 4. Oktober in Kraft getreten ist und diese nach der Ansicht des schweizer Bundesrates für viele schweizer Waren einfuhrhindernd wirkt, so ersuche er die deutsche Regierung entsprechend des deutsch-schweizerischen Wirtschaftsvertrages die Erhöhung zum Gegenstand von Besprechungen zu machen. Die Verhandlungen wurden am 7. Oktober in Bern aufgenommen. Die eigentlichen Verhandlungen über den Abschluß eines eigentlichen Handelsvertrages dürften erst Ende dieses Jahres in Berlin aufgenommen werden.

### Lohnkämpfe in Mitteldeutschland.

**Berlin**, 9. Oktober. Die städtischen Arbeiter haben gestern abend beschlossen. bei Nichtannahme ihrer Forderungen am 20. Oktober die Arbeit niederzulegen. In 80 Betrieben der Großberliner Industrie sind Beschlüsse gefaßt worden, die gewerkschaftlichen Machtmittel rücksichtslos einzusetzen. Gleiche Beschlüsse faßten die Angestellten und Arbeiter der Großberliner Verkehrsanstalten.

Aus Halle wird gemeldet: Die Vertreter von 80 000 mitteldeutschen Bergarbeitern reichten Forderungen nach 30 % Erhöhung aller Löhne ein unter Berufung auf das Versagen des Preisabbaus



## Aus anderen Ländern.

### Zur Locarno-Konferenz.

**Prag**, 9. Oktober. (R.) Der Berichterstatter des tschechoslowakischen Pressebureaus meldet aus Locarno: Zu dem amtlichen Communiqué über die gestrige Konferenz kann noch hinzugefügt werden, daß unmittelbar nach der Sitzung der Leiter des politischen Dienstes beim französischen Außenministerium dem Journalisten Informationen gab, die nicht anders ausgelegt werden können, denn als lebhafte Hoffnungen auf einen weiteren glatten Verlauf der Konferenz und auf ihre erfolgreiche Beendigung. Berthelot deutete nämlich an, daß bereits Montag gemeinsam mit den Vertretern der Tschechoslowakei und Polen die Verhandlungen über die Schiedsgerichtsverträge zwischen diesen beiden Staaten mit Deutschland beginnen würden und daß die Konferenz Mittwoch oder Donnerstag beendet werden könnte. Das würde bedeuten, daß begründete Hoffnung auf Ebnung aller übrigen noch vorhandenen Schwierigkeiten bestehe, insbesondere was die neue, für alle Teile annehmbare Formulierung der Ost-Arbitrageverträge betrifft. Dieser Frage sowie der endgültigen Klärung der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, sollte der Freitag gewidmet sein, der mit keiner Formalsitzung belastet ist.

### Griechische Militärwirren.

**Rotterdam**. 9. Oktober. Die „Morningpost" meldet aus Athen: Der Belagerungszustand wird in Griechenland mit äußerster Schärfe gehandhabt. In Larissa ist ein Aufstand der Garnison mit Waffengewalt niedergeschlagen worden. In Armee und Marine zeigt sich starkes Eindringen des Kommunismus.

### Um die Entdeckung Amerikas.

Kolumbus Ruhm ist in Gefahr, denn Mac Millan, der von seiner Expedition in Halifax eingetroffen ist. erklärte, den Nachweis liefern zu können, daß Amerika lange vor Kolumbus von Normannen besiedelt war. Er will eine etwa 1500 Jahre alte Siedelung aufgefunden haben.

### Kämpfe in China.

**Peking**, 9. Oktober. (R.) Zwischen den Truppen von Kanton und den Streitkräften unter dem Kommando des antibolschewistischen Generals Tschen Schiun Ming ist es bei Neischow und anderen Stellen zu Kämpfen gekommen. Die Regierung von Kanton schickte starke Abteilungen zu Verstärkung ihrer Truppen.

### Explosion auf einem englischen Dampfer.

**Paris**, 9. Oktober. (R.) Nach Blättermeldungen aus Lissabon sind infolge einer Kesselexplosion an Bord eines englischen Dampfers 5 Mann der Besatzung getötet und 7 verletzt worden.

### Deutsch-italienischer Handelsvertrag.

Die „Agenzia Stefania" teilt mit: Die Verhandlungen über den italienisch-deutschen Handelsvertrag sind nunmehr in die Schlußphase eingetreten. Infolgedessen kann man die Zuversicht hegen, daß ein Abkommen vor Ende Oktober erzielt werden wird.

## Letzte Meldungen.

### Trotz der Siege neue Einberufungen.

**Rotterdam, 9. Oktober. „Daily Telegraph" meldet aus Madrid: Die Lage in Marokko scheint noch nicht so befriedigend zu sein, wie die ersten Berichte nach der Einnahme Agdirs erwarten ließen. Das Direktorium hat zwei weitere Jahresklassen zum 15. Oktober einberufen und den Belagerungszustand über Madrid und die Hafenstädte bis 30. November verlängert.**

### Die Not der geistigen Arbeiter.

**Warschau, 9. Oktober. Gestern übergab das Präsidium des Verbandes der geistigen Arbeiter dem Sejmmarschall eine Denkschrift, in der gebeten wird, auf die Tagesordnung der kommenden Sejmberatungen eine Novelle zum Gesetz über die Versicherung der geistigen Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit zu setzen. Es handelt sich um das Gesetz, das vom Senat am 11. September angenommen wurde.**

### Die weitere Gültigkeit für Fahrterleichterungen in die Bäder.

**Warschau, 9. Oktober. Der Eisenbahnminister gab eine Verfügung heraus, nach der die Fahrterleichterungen in die Kurorte im Gebiet der Republik Polen) nicht nur bis zum Ende dieses Monats, sondern den ganzen Winter hindurch gültig sind.**

### Der deutsche Reichsbankpräsident reist nach Amerika

**Berlin, 9. Oktober. (A. W.) Der Präsident der Deutschen Reichsbank, Dr. Schacht, verließ gestern Berlin, um sich nach Amerika zu begeben. Die Reise hat, wie offizielle Kreise versichern, den Charakter eines Gegenbesuches beim Direktor der Federal Reserve Bank, der kürzlich in Berlin weilte.**

### Grabski beim Staatspräsidenten.

**Warschau, 9. Oktober. Der Präsident der Republik empfing heute in einer besonderen Audienz den Premierminister Grabski, welcher ihm über die innere und ausländische Situation Polens Bericht erstattete.**

## Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Styra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr; für den unpolitischen Teil und die Beilage „Die Zeit im Bild": Robert Styra; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Verlag: „Posener Tageblatt". Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc., sämtlich in Poznań.

Ausschneiden! Ausschneiden!

**Postbestellung.**

An das Postamt
in ..............................

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für die Monate
Oktober, November, Dezember 1925

Name ..............................

Wohnort ..............................

Postanstalt ..............................

Straße ..............................

**Nachruf.**

Nach kurzem Krankenlager verschied am 7. d. Mts., der

**Kaufmann Herr**

# Max Sandberger.

Der Verstorbene gehörte seit vielen Jahren dem Vorstande unserer Gemeinde an.

Sein Interesse, welches es stets für das Wohl der Gemeinde hatte, sichert ihm unser bleibendes Gedenken.

Buk, im Oktober 1925.

**Der Vorstand u. die Repräsentanten der jüd. Gemeinde und der Verein Chew. Gemilas Chassodim.**



**Für Inserenten!**

Die Erfahrung lehrt, daß

**Anzeigen**

zumeist nur in den täglich erscheinenden Zeitungen den größten Erfolg haben. Es ist dies daraus erklärlich, weil nur in täglicher Zeitung dem Publikum der

**neueste Lesestoff**

geboten wird. Man nimmt Tag für Tag die Zeitung zur Hand und unterrichtet sich auch ganz wesentlich

**im Anzeigenteil**

über alle neuen Anpreisungen. Daher ist es für jeden Inserenten geboten zuerst vornehmlich in den Tageszeitungen dauernd zu inserieren. Für die deutsche Leserschaft im Posenschen kommt wegen seiner großen Verbreitung unbestreitbar das

**Posener Tageblatt**

dafür in Betracht.

Ausschneiden! Ausschneiden!

**Postbestellung.**

An das Postamt
in ..............................

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Oktober 1925

Name ..............................

Wohnort ..............................

Postanstalt ..............................

Straße ..............................